

## Afghanistan in der Politik Russlands und Zentralasiens: der Truppenabzug vom Hindukusch als Herausforderung für den GUS-Raum

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (2011). *Afghanistan in der Politik Russlands und Zentralasiens: der Truppenabzug vom Hindukusch als Herausforderung für den GUS-Raum*. (SWP-Studie, 31/2013). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-367818>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Uwe Halbach*

# **Afghanistan in der Politik Russlands und Zentralasiens**

Der Truppenabzug vom Hindukusch als  
Herausforderung für den GUS-Raum

S 31  
November 2011  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>
7	<b>Afghanistans Rückkehr auf die sicherheitspolitische Agenda Russlands</b>
10	Bilaterale Zusammenarbeit mit Afghanistan
10	Motive und Grenzen des russischen Engagements
12	Zusammenarbeit im Rahmen eurasischer Regionalorganisationen
14	<b>Handelswege, Nachschubrouten, Drogenströme</b>
16	Nachschubrouten: Das Northern Distribution Network
17	Die »Heroinattacke« aus Afghanistan
20	<b>Afghanistans nördliches Vorfeld: Sicherheit in Zentralasien</b>
21	Grenzüberschreitender Jihad
24	<b>Die Afghanistan-Politik der zentralasiatischen Staaten</b>
24	Tadschikistan als »Frontstaat«
25	Usbekistan: Schlüsselland im Northern Distribution Network
27	Kirgistan, Turkmenistan, Kasachstan: Unterschiedliche Gewichtung Afghanistans
30	<b>Ausblick</b>
31	<b>Abkürzungen</b>

*Dr. Uwe Halbach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Forschungsgruppe Russland / GUS*

**Afghanistan in der Politik Russlands und Zentralasiens.**

**Der Truppenabzug vom Hindukusch als Herausforderung für den GUS-Raum**

Die Regierungen in Russland und Zentralasien blicken mit gemischten Gefühlen auf den Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan. Einerseits betonen sie, dass die Probleme dieses Landes nicht mit militärischen Mitteln zu lösen sind und eine dauerhafte Präsenz ausländischen Militärs nicht akzeptabel ist. Andererseits beunruhigt sie die Aussicht auf einen Truppenabzug, der vollzogen werden könnte, ohne dass zuvor tragfähige nationale Sicherheitsstrukturen in Afghanistan geschaffen wurden. Ein Abzug unter solchen Bedingungen könnte ein noch in Aufruhr befindliches oder wieder von Taliban beherrschtes Land hinterlassen, das eine brisante Krisenzone am Südrand des GUS-Raums bilden würde. Aus der Exit-Perspektive gewinnen die Staaten in der Nachbarschaft der afghanischen Krisenzone insgesamt an Bedeutung. Dabei tritt auch das nördliche Umfeld hervor, das von Zentralasien bis Russland reicht.

In den letzten drei Jahren ist Afghanistan im sicherheitspolitischen Dialog zwischen Russland und westlichen Akteuren an exponierte Stelle gerückt. Während man bei Themen wie dem Raketenabwehrsystem in Europa nicht recht vorankommt und das Eingreifen der Nato in Libyen für Differenzen sorgte, reift in der Afghanistan-Politik ein Konsens, auch wenn es hier noch unterschiedliche Einschätzungen zu Fragen wie der Bekämpfung der afghanischen Drogenökonomie gibt. Stabilität am Hindukusch wird zum gemeinsamen Interesse von Akteuren, die vielfach als Konkurrenten um Einfluss in Zentralasien in einem »New Great Game« wahrgenommen wurden. Für Russland entstehen Zielkonflikte zwischen der Bereitschaft, mit westlichen Partnern im Hinblick auf Afghanistan zu kooperieren, und seinem Bemühen, westlichen Einfluss in Zentralasien einzudämmen. Daraus resultierende Spannungen kamen in der Politik des Kremls in Bezug auf westliche Militärbasen zum Ausdruck, die logistische Bedeutung für den Afghanistan-Einsatz haben. Nach dem 11. September 2001 billigte Russland deren Errichtung in Zentralasien im Rahmen der internationalen Terrorismusbekämpfung. Später forderte es im Einklang mit China und Iran, dass sie ge-

geschlossen oder zumindest nur befristet genutzt werden.

Russland tritt wieder verstärkt als Akteur in der internationalen Afghanistan-Politik hervor, in der es zuletzt 2001–2002 als Kooperationspartner westlicher Staaten aufgetreten war. In Zentralasien war Afghanistan schon beim Eintritt fünf ehemaliger Sowjetrepubliken in die staatliche Unabhängigkeit 1991 ein herausragendes sicherheitspolitisches Thema, insbesondere vor dem Hintergrund kriegesischer Machtkämpfe in Tadschikistan (1992–97). 2010 riefen Entwicklungen in Kirgistan und Tadschikistan Erinnerungen an diese Periode fragiler Staatlichkeit in Zentralasien wach.

Die Rückkehr Afghanistans in die Außen- und Sicherheitspolitik des postsowjetischen Eurasiens hing mit der Zunahme von Kampftätigkeiten im Norden des Landes zusammen, jenem Landesteil, auf den sich auch der deutsche Einsatz konzentriert und der bis 2006 als relativ ruhig galt. Zu den Insurgenten in dieser Region gehören neben den Taliban Akteure mit zentralasiatischem Hintergrund wie die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU). Ein weiterer Faktor seit 2009 war die Perspektive eines Truppenabzugs bis Ende 2014, wie sie eine neue US-Strategie für Afghanistan vorsah. Der Sonderrepräsentant des Nato-Generalsekretärs für Zentralasien und Kaukasien, James Appathurai, sicherte seinen Gesprächspartnern bei einer Tour durch Zentralasien im Mai 2011 allerdings zu, der militärische Einsatz würde erst dann beendet, wenn das Land in der Lage sei, seine Sicherheit selbst zu gewährleisten. Afghanistan-Experten bezweifeln allerdings, dass dies in absehbarer Zeit der Fall sein wird.

Zur Logistik des internationalen Afghanistan-Einsatzes, der in seine militärische Endphase eingetreten ist, trägt Russland zusammen mit anderen GUS-Staaten vor allem durch das Northern Distribution Network (NDN) bei. Diese über Russland, Zentralasien und den kaspischen Raum verlaufende Route zur Versorgung der Einsatztruppen in Afghanistan gewann in dem Maße an strategischer Bedeutung, in dem Nachschubwege über Pakistan zunehmend Ziele von Angriffen und in der Folge unterbrochen wurden.

Die von den Nachbarländern Afghanistans im GUS-Raum, Russland und westlichen Akteuren gebildete Gemengelage ist nicht nur unter dem Aspekt der Risiken zu betrachten, die von der afghanischen Krisenzone ausgehen, oder im Hinblick auf sicherheitspolitische Kooperationsformen wie NDN. Vielmehr geht es auch um Perspektiven transregionaler Wirt-

schaftsverbindungen und ihre Bedeutung für eine Politik der Stabilisierung Afghanistans und seiner Umgebung, so rudimentär entwickelt Handels- und Verkehrskorridore durch dieses Land derzeit auch noch erscheinen mögen. Deutsche und europäische Zentralasien- und Afghanistan-Politik könnten eine überzeugende Rolle bei dem Bemühen spielen, das nördliche Umfeld Afghanistans aus einem »New Great Game« herauszulösen, das in nachsovietischer Zeit in geopolitischen Kommentaren zu Zentralasien beschworen wurde. Es sollte nicht schwerfallen, deutlich zu machen, dass es im Interesse aller regionalen und auswärtigen Akteure liegt, welche Entwicklung Afghanistan in der Phase des Rückzugs von Nato und ISAF nimmt.

## Afghanistans Rückkehr auf die sicherheitspolitische Agenda Russlands

Diese Studie widmet sich der Frage, inwieweit der Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan für Russland und die zentralasiatischen Staaten eine Herausforderung darstellt. Auf Seiten Russlands besteht ein Spannungsverhältnis zwischen der Bereitschaft, mit westlichen Partnern in Angelegenheiten Afghanistans zu kooperieren, und seinen geopolitischen Interessen in Zentralasien. Zunächst werden die Politik Russlands gegenüber Afghanistan und seine Kooperation mit westlichen Partnern in der Endphase des militärischen Einsatzes am Hindukusch analysiert. Daraufhin geht es um Verbindungen zwischen Zentral- und Südasien, die über Afghanistan verlaufen. An die Seidenstraßen angelehnte Projekte für die Etablierung neuer Handelswege bergen Chancen für ein Nachkriegsafghanistan, während die den GUS-Raum durchquerenden afghanischen Drogenströme den von Russland am meisten beklagten und aus seiner Sicht unzureichend bekämpften Missstand darstellen. Abschließend werden wechselseitige Verschränkungen zwischen Sicherheitsdefiziten in Afghanistan und in seinem nördlichen Umfeld analysiert und die Politik der fünf zentralasiatischen Staaten gegenüber der afghanischen Krisenzone betrachtet.

Russland kritisierte lange Zeit das Vorgehen der Nato in Afghanistan, wobei es hauptsächlich auf die ungenügende Bekämpfung der afghanischen Drogenökonomie und die zivilen Opfer der Militäroperationen verwies. Die wachsenden Schwierigkeiten, mit denen die westliche Allianz bei ihrem Einsatz in Afghanistan konfrontiert wurde, gar die Aussicht auf die erste Niederlage der Nato in ihrer Geschichte verschafften Teilen der russischen Sicherheitselite eine gewisse Genugtuung – nicht zuletzt mit Blick auf den Misserfolg des sowjetischen Afghanistankriegs von 1980 bis 1989, bei dessen Scheitern US-Unterstützung für den afghanischen Widerstand eine Rolle gespielt hatte. Doch diese Genugtuung wurde von der Sorge vor einem vorzeitigen Abzug aus einem Afghanistan überlagert, das sich noch in Aufruhr befindet. Die von Präsident Obama 2009 vorgestellte Afghanistan-Strategie der USA, die neben einer vorübergehenden Truppenverstärkung den Beginn des Truppenrückzugs ab Mitte des Jahres 2011 vorsah, wurde von Präsident

Medwedew begrüßt, stieß in Russland aber nicht auf ungeteilte Zustimmung. Boris Gromow, ehemals Kommandeur der in Afghanistan kämpfenden 40. Armee, und Dmitrij Rogosin, Russlands Botschafter bei der Nato, warnten in einem Artikel in der *New York Times* im Januar 2010 eindringlich vor einem Abgleiten Afghanistans und seiner Nachbarn ins Chaos, sollte die Nato unter dem Vorwand, ihre Ziele in dem Land erreicht zu haben, vorzeitig abziehen.<sup>1</sup> Eine deutliche Warnung vor einem verfrühten Truppenabzug aus Afghanistan sprach im August 2011 auch Nikolai Berdjusha aus, der Generalsekretär der von Russland dominierten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS, engl. Abk. CSTO): Instabilität in einem sich selbst überlassenen Afghanistan würde zwangsläufig den Raum der ehemaligen Sowjetunion tangieren.<sup>2</sup>

Entwicklungen im Jahr 2010 nährten Befürchtungen, dass Sicherheitsdefizite in Afghanistan und in Teilen des GUS-Raums sich gegenseitig verschränken könnten. Die Gewalt im Nordosten Afghanistans griff um sich.<sup>3</sup> Gleichzeitig verschlechterte sich die Sicherheitslage in den zentralasiatischen Nachbarstaaten Kirgistan und Tadschikistan. Russland blickte dabei aber nicht nur auf Sicherheitsdefizite in Zentralasien, sondern auch auf solche in seinem eigenen Hoheitsbereich, konkret in seiner kaukasischen Peripherie, die in puncto Gewaltereignisse mit Rekordzahlen hervorsteicht. Die brisante Sicherheitslage im Nordkaukasus wurde mit den Entwicklungen in Afghanistan und Pakistan in Verbindung gebracht.<sup>4</sup>

So ging russische Kritik am internationalen Truppeneinsatz in Afghanistan zu dem mahnenden Appell

1 Boris Gromov/Dmitry Rogozin, »Russian Advice on Afghanistan«, in: *The New York Times*, 11.1.2010, <[www.nytimes.com/2010/01/12/opinion/12iht-edrogozin.html](http://www.nytimes.com/2010/01/12/opinion/12iht-edrogozin.html)>.

2 »Head of Russia-led Security Bloc Voices Concern over Afghan Troop Withdrawal«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 16.8.2011.

3 Vgl. Guido Steinberg/Nils Wörmer, *Eskalation im Raum Kunduz. Wer sind die Aufständischen in Nordostafghanistan?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2010 (SWP-Aktuell 84/2010), S. 1.

4 Uwe Halbach, *Russlands inneres Ausland. Der Nordkaukasus als Notstandszone am Rande Europas*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2010 (SWP-Studie 27/2010), S. 19.



Karte  
Zentralasien



Quelle: Angelehnt an Wikitravel.

über, dass diese Mission nicht beendet werden dürfe, bevor in dem Land selbsttragende Sicherheitsstrukturen geschaffen worden seien. Dabei bekundete man in Moskau Bereitschaft, mit westlichen Partnern in Bezug auf Afghanistan zu kooperieren. 2008 erlaubte Russland, dass für Afghanistan bestimmte nicht-militärische Güter über sein Staatsterritorium transportiert werden dürften. Der Transport militärischer Güter durch russischen Luftraum wurde mit einem 2009 geschlossenen Abkommen ermöglicht. Im September 2010 wertete der Nato-Generalsekretär Moskaus Bereitschaft, mit Blick auf Afghanistan zu kooperieren, als wichtiges Indiz für die »Reife der

Partnerschaft mit Russland.«<sup>5</sup> Beim Staatsbesuch des afghanischen Präsidenten Karzai in Russland fand Präsident Medwedew im Januar 2011 nun auch lobende Worte für den Nato-Einsatz. Russlands wichtigster Beitrag zum internationalen Afghanistan-Einsatz besteht in einem System von Nachschubrouten, die durch den GUS-Raum verlaufen. Es firmiert unter der Bezeichnung »Northern Distribution Network« (NDN).

Russland sieht sich »in einem komplexen Gewebe aus Beziehungen mit afghanischen Parteien, Nachbar-

<sup>5</sup> Interview mit Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, in: *Interfax*, 21.9.2010.

ländern und dem Westen«. <sup>6</sup> Das emotional belastete Thema Afghanistan war seit dem Rückzug sowjetischer Truppen aus dem Land im Februar 1989 nach neun Jahren verheerenden Krieges tabu. Doch der frühere Afghanistankrieg wird gegenwärtig neu beleuchtet. Zuvor galt er als ein Trauma der späten sowjetischen Geschichte, als eine von mehreren Ursachen für den Untergang des kommunistischen Vielvölkerreichs. Das »Afghanistan-Syndrom« wurde im nachsowjetischen Russland allerdings von einem »Tschechenien-Syndrom« überlagert, das laut Aussagen des Nationalen Zentrums für soziale und forensische Psychologie rund 1,5 Millionen russische Kriegsveteranen betrifft und Spuren in der russischen Gesellschaft hinterlassen hat. <sup>7</sup> In dem Militärprogramm eines staatlichen Fernsehsenders wurde im Februar 2011 dazu aufgerufen, neue Informationen über den sowjetischen Krieg in Afghanistan zusammenzutragen. <sup>8</sup> In diesem Jahr wurden auch erstmals Protokolle von Afghanistan-Debatten im Politbüro der KPdSU veröffentlicht, die einige Parallelen zu Aussagen über den jetzigen Krieg aufweisen. <sup>9</sup>

2010 dauerte der internationale Truppeneinsatz in Afghanistan bereits ebenso lange, wie der frühere sowjetische Krieg insgesamt gedauert hat. Russische Medien verglichen nun die Opferzahlen: Die sowjetische Armee hatte mehr als 14 000 umgekommene Soldaten zu beklagen, die USA und ihre ISAF-Partner bis 2010 etwa 2000. Die Angaben bezogen sich zumeist nicht auf die Opfer in der afghanischen Bevölkerung.

6 Dmitri Trenin/Alexei Malashenko, *Afghanistan: A View from Moscow*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 2010, S. 5, vgl. auch S. 25, <[http://carneгиеendowment.org/files/trenin\\_afghan\\_final.pdf](http://carneгиеendowment.org/files/trenin_afghan_final.pdf)>.

7 Zu den Ähnlichkeiten und Unterschieden beider Kriegserfahrungen siehe Alexey Malashenko, *What the North Caucasus Means to Russia*, Paris: IFRI Russia/NIS Center, Juli 2011 (Russie.Nei.Visions Nr. 61), S. 15, <[www.ifri.org/downloads/ifricaucasianimpactmalashenkoengmai2011.pdf](http://www.ifri.org/downloads/ifricaucasianimpactmalashenkoengmai2011.pdf)>.

8 »Russian TV's Military Programme: Snapshot of Soviet War in Afghanistan«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 19.2.2011.

9 So äußerte der damalige sowjetische Außenminister Schewardnadse auf einer Sitzung im Januar 1987: »Es sind sehr viele Menschen ums Leben gekommen, und nicht alle waren Banditen. Wir haben kein einziges Problem der Bauern gelöst, ja im Grunde haben wir gegen die Bauern gekämpft. Dass wir dort [in Afghanistan, U. H.] einmarschiert sind, ohne einen Funken Ahnung von der Psychologie der Leute und der realen Lage im Land zu haben – das ist eine Tatsache« (zitiert in: Christian Neef, »Afghanistan-Protokolle der Sowjets«, in: *Spiegel Online*, 9.8.2011, S. 1, <[www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,778634,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,778634,00.html)>).

In dieser Hinsicht war der sowjetische Krieg weit verheerender, auch wenn die gegenwärtigen Kämpfe immer mehr zivile Todesopfer fordern. Der von der Sowjetunion geführte Krieg hatte laut Schätzungen bis zu einer Million Menschen das Leben gekostet, zwei Millionen Afghanen aus ihrer Heimatregion in andere Landesteile und fünf Millionen nach Pakistan und Iran vertrieben. Ungeachtet dieses fundamentalen Unterschieds stellen russische Kommentatoren den sowjetischen Afghanistankrieg als jene Lektion heraus, die von der Nato nicht gelernt worden sei.

In russischer Sicht ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zusammenarbeit in Sachen Afghanistan, dass die USA keine permanente militärische Präsenz in dem Land planen: Dies sei Moskau zugesichert worden. Die USA hätten erklärt, nach dem Abzug ihrer Truppen allenfalls an Trainingszentren für die afghanischen Sicherheitskräfte festhalten zu wollen. <sup>10</sup> Allerdings stehen die USA derzeit mit der afghanischen Regierung in Verhandlungen über eine weitere, wenn auch eingeschränkte Truppenpräsenz über 2014 hinaus. Rein militärisch ist der Konflikt in Afghanistan nicht zu lösen, darin stimmen die westliche Allianz, Russland und die Nachbarn Afghanistans im GUS-Raum überein: Man müsse nun alle Nachbarn für die Stabilisierung der Situation in dem Land gewinnen. In der Übergangszeit sei ein Prozess nationaler Versöhnung in Afghanistan erforderlich.

Auch auf diesem Feld bietet Russland seine Kooperation an. Verhandlungen mit dem heterogenen Lager der Taliban werden zur Hauptherausforderung internationaler Afghanistan-Politik in der Abzugsphase. Russland ist bereit, im Dialog mit den Insurgenten zu vermitteln. Dabei seien die vom UN-Sicherheitsrat aufgestellten Bedingungen zu berücksichtigen (Aufgabe des bewaffneten Kampfes, Anerkennung der afghanischen Verfassung, Distanzierung von al-Qaida und anderen Terrororganisationen). <sup>11</sup> Für Verhandlungen mit dem innerafghanischen Konfliktgegner ist eine trennschärfere Unterscheidung zwischen Taliban und al-Qaida nötig. Die Vereinten Nationen überprüften im Sommer 2011 ihr Sanktionsregime und die ihm zugrundeliegende Terroristenliste, in der Angehörige beider Gruppierungen zusammengefasst

10 »Russian Official Speaks Out of US Assurance Not to Keep Permanent Afghan Bases«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 27.3.2011.

11 »Russia Open for Talks with Taleban, Special Envoy Says«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 29.3.2011.

wurden.<sup>12</sup> Nun soll deutlicher zwischen verhandlungsbereiten und kompromisslosen Kräften im Lager der Insurgenten unterschieden werden. Russland warnte allerdings vor einer voreiligen Aufhebung der UN-Sanktionen gegen einzelne Taliban-Mitglieder.<sup>13</sup> Als möglicher Tagungsort für Friedensverhandlungen ist auch das zentralasiatische Turkmenistan im Gespräch.<sup>14</sup>

Wie brisant das Thema »Verhandlungen mit den Insurgenten« bleibt, zeigte am 20. September 2011 der tödliche Anschlag auf den ehemaligen afghanischen Präsidenten Rabbani, den Leiter des innerafghanischen Friedensrats. Dieses Attentat heizte die Machtkämpfe zwischen innerafghanischen ethnischen und politischen Gruppierungen an und ließ erkennen, wie weit das Land nach zehnjährigem Einsatz internationaler Truppen von einer tragfähigen Nations- und Staatsbildung noch immer entfernt ist.

## Bilaterale Zusammenarbeit mit Afghanistan

Seit 2007 unterhält Russland wieder eine Botschaft in Kabul. Im März 2011 richtete Präsident Medwedew zudem das Amt eines Sonderrepräsentanten für Afghanistan ein. Er berief Zamir Kabulow auf diesen Posten, der schon im sowjetischen Außenministerium für das Land zuständig war. Russische Studienzentren analysieren die Sicherheitslage am Hindukusch und ihre Verflechtung mit der Lage in Zentralasien. In Afghanistan versuchte Russland, Lobby-Gruppen aus der Zeit der sowjetisch-afghanischen Zusammenarbeit zu revitalisieren.<sup>15</sup> Russische Afghanistan-Experten propagierten daraufhin einen »Industrialisierungsschub« in Anknüpfung an Großprojekte, die von der sowjetischen Entwicklungspolitik schon vor Jahrzehnten in Angriff genommen, durch den sowjetischen Krieg in Afghanistan jedoch bis auf weiteres eingestellt worden waren. Das aus diesem historischen Zusammenhang herausragende Projekt war der Bau des

12 Jon Boone, »Russia »Key Player« in Move towards Afghanistan Taliban Talks«, in: *The Guardian Online*, 7.6.2011, <[www.guardian.co.uk/world/2011/jun/07/russia-united-nations-taliban-talks](http://www.guardian.co.uk/world/2011/jun/07/russia-united-nations-taliban-talks)>.

13 »Russia Urges Caution on Lifting UN Sanctions for Taleban Members«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 23.9.2011.

14 Muhammad Tahir, »Peace Talks with the Taliban in Turkmenistan?«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 27.5.2011.

15 Marlène Laruelle, *Beyond the Afghan Trauma: Russia's Return to Afghanistan*, Washington, D.C.: The Jamestown Foundation, August 2009, S. 6f.

Salang-Tunnels, der Kabul mit Nordafghanistan verbindet. Russland bot 2010 die Wiederaufnahme von 142 ehemals sowjetischen Projekten in Afghanistan an und forderte dafür internationale Finanzgarantien. Sowohl die afghanische Regierung als auch westliche Partner reagierten jedoch zurückhaltend auf diese Forderung.<sup>16</sup> Humanitäre und Entwicklungshilfe in Form von Getreidelieferungen und anderen Maßnahmen leistete Russland seit 2002 ebenfalls.<sup>17</sup> Diese Lieferungen machten allerdings nur 0,4 Prozent der internationalen Hilfsmaßnahmen aus. 2007 nahm Russland auch die Handelsbeziehungen mit Afghanistan wieder auf.<sup>18</sup> Es bietet sich Afghanistan als Energielieferant an, will die entsprechenden Projekte in dem Land jedoch nur dann realisieren, wenn sich dafür internationale Investoren finden.<sup>19</sup> Stärker als wirtschaftliche fallen aber sicherheitspolitische Interessen ins Gewicht.

Den Höhepunkt in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen markierte der Besuch des afghanischen Präsidenten Karzai in Russland im Januar 2011. Karzai brachte einen Großteil der afghanischen Minister mit. Auf dem Programm standen Abkommen über wirtschaftliche, infrastrukturelle und sicherheitspolitische Zusammenarbeit.

## Motive und Grenzen des russischen Engagements

Einige russische Politiker und Experten argumentieren, Russland müsse im Kampf gegen den Terrorismus seine auf Afghanistan gerichtete Kooperation mit Europa und den USA ausweiten. Als Motive nennen sie die Sicherung Zentralasiens, die Verbindung mit Regionalmächten und internationalen Organisationen, die Neuausrichtung der Beziehungen mit dem Westen und die Beteiligung an der Entwicklung im

16 Marek Menkiszak, *Russia's Afghan Problem. The Russian Federation and the Afghanistan Problem since 2001*, Warschau: Centre for Eastern Studies, September 2011, S. 30–31.

17 Ebd., S. 29–30.

18 Die afghanischen Schulden gegenüber dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion blockierten die Wirtschaftsbeziehungen. Dieses Hindernis wurde beiseite geräumt, indem der Pariser Club Afghanistan die Schulden erließ. Russland verzichtete dabei auf 11,5 Milliarden US-Dollar. Laruelle, *Beyond the Afghan Trauma* [wie Fn. 15], S. 15.

19 »Russia Could Invest in Energy Projects in Afghanistan – Envoy«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 29.3.2011; *Interfax*, 28.3.2011.

Nachkriegs-Afghanistan. Doch die Forderung nach einer Ausweitung der Kooperation mit westlichen Partnern in Afghanistan findet keine ungeteilte Zustimmung. Einige Vertreter der militärischen und politischen Elite stehen russischer Hilfe für Nato und ISAF kritisch gegenüber. Eine intensiviertere Kooperation würde nur den Einfluss des Westens in Zentralasien stärken, wogegen eine Niederlage der Nato in Afghanistan die Aussicht auf eine neue europäisch-eurasische Sicherheitsarchitektur verbessere.<sup>20</sup> Auch die öffentliche Meinung unterstützte laut Umfragen von 2009 afghanistapolitische Kooperationschritte des Kremls nur bedingt.<sup>21</sup>

Vom Afghanistanabta ist eine entscheidende Maxime übriggeblieben: »Wir sind zur Unterstützung in jeglicher Weise bereit, ausgenommen direkte militärische Einmischung in Afghanistan. Kein russischer Soldat wird jemals wieder afghanischen Boden betreten« – so Andrej Avetisjan, der russische Botschafter in Kabul, anlässlich Präsident Karzais Besuch in Moskau.<sup>22</sup> Diese militärische Neutralität unterscheidet die Afghanistan-Politik Russlands von der Politik einiger anderer postsowjetischer Staaten, die an ISAF mit eigenen Truppenkontingenten beteiligt sind – an erster Stelle Georgien (900 Soldaten), mit weitem Abstand gefolgt von Aserbaidschan (94), Armenien (40) und der Ukraine (17). Georgien ragt unter allen an ISAF beteiligten Staaten hervor, weil es das auf Per-capita-Basis größte Kontingent stellt. Unter den Nicht-Nato-Staaten leistet es nach Australien den zweitgrößten Beitrag an Truppen. Während andere Staaten mit ihrem Truppenrückzug beginnen, will Georgien seine am Afghanistan-Einsatz beteiligten Kräfte 2012 noch verdoppeln<sup>23</sup> und damit demonstrieren, dass es sich in seiner strikten euro-atlantischen Ausrichtung vom Sicher-

heitskonsumenten zum »security provider« wandelt.<sup>24</sup> Auch Armenien erwägt, die Stärke seiner Truppen in Afghanistan zu verdreifachen, um seine Bereitschaft zur Kooperation mit der Nato unter Beweis zu stellen.<sup>25</sup> Aserbaidschan spielt eine bedeutende Rolle in der Logistik des Flugverkehrs nach Afghanistan, die laut Kommentaren aus Washington für die USA sogar höher rangiert als die energiepolitische Bedeutung des Landes. Für die zentralasiatischen GUS-Staaten kam die Entsendung eigener Truppenkontingente nicht in Frage, während sich ihre Zusammenarbeit mit den in Afghanistan eingesetzten Kräften der Nato auf anderen Gebieten ausweitet. Vor allem Usbekistan, das eine Schlüsselstellung in der Logistik der Versorgung über das NDN einnimmt, bekundet strikte militärische Neutralität. In Kasachstan provozierte ein Abkommen der Regierung mit den USA über militärische Kooperation, das die Entsendung einer zahlenmäßig äußerst begrenzten Truppe nach Afghanistan vorsah, heftige Opposition.

Unterhalb der Schwelle einer Truppenentsendung arbeitet Russland auf verschiedenen Feldern mit ISAF und der Regierung in Kabul zusammen. Dabei füllt es auch das afghanische Waffenarsenal. Im März 2011 einigten sich Moskau und Washington über die geschäftlichen Bedingungen für die Lieferung von 21 russischen MI-17-Militärhubschraubern an die afghanischen Streitkräfte.<sup>26</sup>

Dieser Zusammenarbeit liegen ambivalente Motive und Ziele zugrunde. Russland hat auf der einen Seite ernsthaft Sorge vor einem Abrutschen Afghanistans in ein Chaos, das auf Teile des GUS-Raums übergreifen könnte. Auf der anderen Seite bleibt Russland bestrebt, seinen Einfluss in Zentralasien zu festigen, und zwar in Konkurrenz zu den westlichen Partnern, mit denen es in Afghanistan kooperiert. Der Kreml bevorzugt bilaterale Verhandlungen mit den USA und mit der Nato über das Engagement in Afghanistan und möchte direkte Kontakte zwischen der Nato und zentralasiatischen Staaten auf diesem Feld der Zusammenarbeit verhindern.

Im recht unwahrscheinlichen »best case« – der nachhaltigen Stabilisierung Afghanistans bei baldigem Abzug der Nato-Truppen – würde Russland die

20 David Krickus, »Warum Russland in Afghanistan mit dem Westen kooperiert«, in: *Russland-Analysen*, (18.6.2010) 203, S. 10–13.

21 Lediglich 20 Prozent der Respondenten standen hinter dem internationalen Truppeneinsatz in Afghanistan (in Deutschland waren es 45 Prozent, in den USA 72 Prozent, in China 20 Prozent). Nur 15 Prozent sprachen sich dafür aus, bis zur Stabilisierung der Lage Truppen vor Ort zu belassen, 65 Prozent dagegen votierten für einen sofortigen Truppenabzug (in Deutschland 42 Prozent bzw. 54 Prozent). Siehe Dokumentation in: *Russland-Analysen*, (18.6.2010) 203, S. 20, 22.

22 Zitiert von Richard Weitz, »Global Insights: Russia's »Return« to Afghanistan«, in: *World Politics Review*, 25.1.2011, <[www.worldpoliticsreview.com/articles/7653/global-insights-russiasreturn-to-afghanistan](http://www.worldpoliticsreview.com/articles/7653/global-insights-russiasreturn-to-afghanistan)>.

23 »Georgia to »Double« Its Troop Contingent in Afghanistan in 2012 – Minister«, *BBC Monitoring Global News Line Former Soviet Union*, 10.6.2011.

24 Vladimir Socor, »Georgia Provides More Security Than It Consumes«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 8 (8.2.2011) 27.

25 Emil Danielyan, »Armenia to Triple Military Deployment in Afghanistan«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 8 (25.5.2011) 101.

26 »USA, Russia Agree to Supply 21 Military Helicopters to Afghanistan«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 8.4.2011.

Rolle eines Akteurs einbüßen, der bei der Regelung der Afghanistanfrage relevant ist. Ein befriedetes Afghanistan könnte zum Brückenland in einem größeren Wirtschafts-, Energie- und Handelsraum werden, dessen Verkehrs- und Energienetze Verbindungen zwischen Zentral- und Südasien knüpfen, die Russland aussparen. Ein solches »Greater Central Asia«, auf das noch einzugehen sein wird, wurde von US-Geostrategen in der Bush-Ära propagiert. Der nicht unwahrscheinliche »worst case« – ein Abzug internationaler Truppen aus einem Afghanistan, das anschließend von den Taliban zurückerobert wird – ist für Russland freilich die weitaus schlechtere Alternative, die ungewisse geopolitische Szenarien eröffnet.<sup>27</sup>

Dem sicherheitspolitischen Einfluss westlicher Akteure in Zentralasien und in Afghanistan stand Russland nach der weltpolitischen Zäsur vom 11. September 2001 zwiespältig gegenüber. Zunächst hat Moskau die USA in ihrem »war on terror« unterstützt und den amerikanischen Einsatz in Afghanistan begrüßt. Der russische Präsidentenberater Gleb Pavlovskij äußerte sich damals zur Einrichtung westlicher Militärstützpunkte in Usbekistan und Kirgistan, die der Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes dienen sollten, mit den Worten: »Für Russland sind Amerikaner in Usbekistan besser als Taliban in Pawlodar und Kasan.«<sup>28</sup> In der Folgezeit änderte sich diese Einstellung, meldete Moskau Bedenken gegen eine dauerhafte militärische Präsenz der Amerikaner in Zentralasien an und forderte deren Befristung. Das Spannungsverhältnis zwischen den eigenen geopolitischen Interessen im »nahen Ausland« und dem Interesse an sicherheitspolitischer Kooperation mit westlichen Partnern in einer Großregion, die zentralasiatische Staaten und Afghanistan umfasst, wird die russische Politik auch weiterhin bestimmen.

<sup>27</sup> Das spektakulärste Szenario stellte der kremlkritische Militärfachmann Pawel Felgenhauer vor: Der Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan fordere von Russland im Jahr 2014 eine aktivere Zentralasienpolitik und eine größere Militärpräsenz in der Region. Letztere könne nur gewährleistet werden, wenn russisches Militärpotential aus dem Kaukasus nach Zentralasien verlagert würde. Diese Herausforderung dränge Russland dazu, seine Probleme im Kaukasus, insbesondere die mit Georgien, rasch zu lösen. Damit steige die Wahrscheinlichkeit, dass in dieser Region vor 2014 erneut ein Krieg ausbreche. »Events Unfolding in Direction of War in South Caucasus – Russian Expert«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union Political File*, 12.5.2011.  
<sup>28</sup> *Izvestija.Ru online*, 4.10.2001.

## Zusammenarbeit im Rahmen eurasischer Regionalorganisationen

Auf multilateraler Ebene bringt Moskau vor allem eurasische Regionalorganisationen wie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ins Spiel. Diese von Russland geleiteten oder zumindest wesentlich mitbestimmten Organisationen sollen zu Akteuren werden, die sich an der Regelung des Afghanistan-Konflikts maßgeblich beteiligen. Moskau wünscht, dass die Nato mit ihnen zusammenarbeitet, vor allem mit der OVKS.

Die SOZ, bestehend aus Russland, China und vier zentralasiatischen Staaten (ohne Turkmenistan), arbeitet im Rahmen einer eigenen Kontaktgruppe mit Afghanistan zusammen, die den Kampf gegen Terrorismus und Drogenhandel koordinieren soll. Im Vorfeld des am 15. Juni 2011 abgehaltenen SOZ-Gipfels in Astana wurde die Einbeziehung Afghanistans in die Regionalorganisation (zunächst durch Verleihung des Beobachterstatus) erörtert. Doch der Gipfel machte einmal mehr deutlich, dass jegliche Erweiterung der SOZ – seit Jahren harren Iran, Indien und Pakistan im Wartestand aus – auf erhebliche Widerstände stößt.<sup>29</sup> Dabei wird selbst unter russischen Experten die Bedeutung dieser Organisation skeptisch beurteilt. Als Sicherheitsakteur kommt ihr kaum Relevanz zu. Ihrer geo- und demographischen Dimension nach ist sie aufgrund der Mitgliedschaft Chinas und Russlands zwar riesig, aber ihr Haushalt ist mit vier Millionen US-Dollar geradezu lächerlich klein, ihr Institutionalierungsgrad gering.

Auch die OVKS sticht kaum durch Interventionskraft und als Garant regionaler Sicherheit hervor. Die aus Russland und sechs weiteren GUS-Staaten (Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan) bestehende Organisation wurde gelegentlich als »Nato des Ostens« präsentiert, wovon sie jedoch weit entfernt ist. Sicherheitspolitischer Intervention im eigenen Einzugsbereich stehen Mitgliedstaaten wie Usbekistan äußerst reserviert gegenüber. Angesichts der 2010 zutage getretenen Sicherheitskrise in Kirgistan und Tadschikistan und den Unruhen in der arabischen Welt 2011 steht militärische Kooperation in Zentralasien zwar vermehrt auf der Agenda der Organisation, gleichzeitig zeigte die Krise in Kirgistan aber auch deutlich die Grenzen solcher Koope-

<sup>29</sup> Richard Weitz, »SCO Expansion Impasse Persists«, *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 22.6.2011.

ration auf. Gleichwohl fordert Russland die Zusammenarbeit zwischen OVKS und Nato in der Afghanistan-Politik und ist bestrebt, innerhalb der Organisation die Schwelle für Interventionen zu senken, den Modus der Entscheidung darüber vom Konsens- auf ein Mehrheitsprinzip umzustellen und eine gemeinsame Eingreiftruppe aufzubauen.

Für russische Afghanistan-Politik ist noch ein weiteres Kooperationsformat zu erwähnen, das ebenfalls an gravierenden Kohärenzproblemen krankt. Russland kooperiert mit Tadschikistan, Pakistan und Afghanistan in einer Vierergruppe, die am 2. September 2011 in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe ihr drittes Gipfeltreffen abhielt. In diesem Format artikuliert Russland Interesse, an dem Bau der TAPI-Pipeline (dazu siehe unten, S. 15) und dem Elektrizitätsprojekt CASA-1000 beteiligt zu werden; die TAPI-Pipeline und das Stromübertragungs- und -verteilernetz von CASA-1000 sollen Zentralasien über Afghanistan mit Süd-asien verbinden. Russland stößt damit aber auf wenig Gegenliebe bei seinen Partnern. Präsident Karzai verwies bei dem Vierergipfel im September auf die Verwundbarkeit Afghanistans: Nach der Liquidierung Osama bin Ladens sei die Zahl der Terrorakte in seinem Land 2011 nochmals in die Höhe geschneit, die Sicherheitslage habe sich dramatisch verschlechtert.<sup>30</sup> Wenige Tage später bekräftigten militärische Aktionen der Taliban mitten in Kabul diese Aussagen.

<sup>30</sup> Vladimir Socor, »Quadripartite Summit on Afghanistan Falls Short of Russian Expectations«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 8 (6.9.2011) 162.

## Handelswege, Nachschubrouten, Drogenströme

Nicht nur sicherheitspolitisch verschränken sich der südliche GUS-Raum und Afghanistan, sondern auch in Handel, Energiewirtschaft und Verkehr. Infrastruktur- und Energieprojekte stehen dabei für Regionalstrukturen, über die im geopolitischen Kontext eines »New Great Game« zwischen Russland und westlichen Konkurrenten in nachsowjetischer Zeit gestritten wurde. Dazu gehört die Idee eines »Greater Central Asia«, die besonders nachdrücklich von dem amerikanischen Zentralasienexperten Frederick Starr vertreten wird.<sup>31</sup> Kern dieser Idee ist ein Plädoyer für Verbindungen zwischen Zentral- und Südasiens über Afghanistan. Die amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush trug diesem Konzept Rechnung. 2006 wurde eine neue Abteilung für Süd- und Zentralasien im State Department eingerichtet und ein Forum zur Förderung eines regionalen, Zentral- und Südasiens übergreifenden Strommarktes ins Leben gerufen. Zu diesem Zeitpunkt gab es kaum Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten und Afghanistan. Das afghanische Handelspotential war nicht nennenswert, abgesehen vom illegalen Opiumhandel. In der Folgezeit wurden neue Rohstoffquellen in Afghanistan entdeckt, mit denen Exportmärkte wie China und Indien erschlossen werden könnten und die Afghanistan in Hinsicht auf Rohstoffreichtum an Zentralasien heranführen. Am 20. Juli 2011 kündigte Außenministerin Hillary Clinton bei einem Staatsbesuch in Indien eine »new silk road strategy« für Afghanistan und die weitere Region an. Solche Strategien wurden in den vergangenen Jahren in Moskau meist als Versuch gedeutet, Zentralasien dem Einfluss Russlands zu entziehen.

Afghanistan nimmt im »Greater Central Asia« eine Brückenstellung ein, bildet aber angesichts seiner Sicherheitslage und kriegsgeschädigten Infrastruktur vorläufig auch das schwächste Glied in diesem Kon-

text. Gleichwohl sieht das Land seine Zukunft in einem größeren regionalen Umfeld.<sup>32</sup> Auf einer Konferenz für regionale, Afghanistan einbeziehende Wirtschaftskooperation, die im November 2010 in Istanbul stattfand, betonte Außenminister Zalmai Rasul die Bedeutung regionaler Wirtschaftsverbindungen für die Wiederherstellung und Sicherung von Frieden und Stabilität in Afghanistan und seiner Umgebung. In diesem Umfeld taucht nun auch China auf. Die Außenminister beider Länder sprachen in Peking im Mai 2011 über die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen und über chinesische Hilfe für die wirtschaftliche Entwicklung Nachkriegsafghanistans. Das postsowjetische Zentralasien nimmt in der chinesischen Außen- und Wirtschaftspolitik längst eine Position ein, die immer wichtiger wird. Chinesische Beobachter sehen in dieser Region das kommende »Schlachtfeld im Kampf um Ressourcen«. China hat Europa im Jahr 2010 als Haupthandelspartner Zentralasiens überholt. Mehr als 10 Prozent der chinesischen Öl- und Gasimporte kommen bereits aus dieser Region.<sup>33</sup>

Einige über Afghanistan führende Brücken zu größeren Wirtschafts-, Energie- und Handelsräumen wurden bereits geschlagen. Usbekistan dehnt mit Unterstützung der Asiatischen Entwicklungsbank sein Eisenbahnnetz nach Afghanistan aus. Mit der Trasse von der usbekisch-afghanischen Grenze nach Mazar-e-Sharif wurde im August 2011 die erste größere Eisenbahnlinie Afghanistans eröffnet.<sup>34</sup> Auch Kasachstan plant eine Eisenbahnverbindung mit Afghanistan, die Turkmenistan durchquert. Tadschikistan baute mit Hilfe aus Peking und Teheran eine Straße, die von

<sup>31</sup> S. Frederick Starr, *In Defense of Greater Central Asia*, Washington, D.C./Stockholm, September 2008 (Central Asia-Caucasus Institute, Silk Road Studies Program, Policy Paper); zur Perception von »Greater Central Asia« in Russland und Zentralasien vgl. Akhman Saidmuradov/Ekaterina Puseva, »The Greater Central Asia Concept in U.S. Foreign Policy in the Central Asian Region«, in: *Central Asia and the Caucasus*, 11 (2010) 3, S. 102–108.

<sup>32</sup> Andrew C. Kuchins, »A Truly Regional Economic Strategy for Afghanistan«, in: *The Washington Quarterly*, 34 (Frühjahr 2011) 2, S. 77–91.

<sup>33</sup> European Council on Foreign Relations (ECFR)/Asia Centre, *China Analysis: The New Great Game in Central Asia*, Paris, September 2011, <[www.ecfr.eu/page-/China%20Analysis\\_The%20new%20Great%20Game%20in%20Central%20Asia\\_September2011.pdf](http://www.ecfr.eu/page-/China%20Analysis_The%20new%20Great%20Game%20in%20Central%20Asia_September2011.pdf)>.

<sup>34</sup> Nicklas Norling, »Afghanistan's Railroad Frenzy«, in: *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 21.9.2011, <[www.cacianalyst.org/?q=node/5629](http://www.cacianalyst.org/?q=node/5629)>.

China über den Pamir zu einer der von den USA errichteten Brücken nach Afghanistan führt.

Unter den Energieprojekten rückt der Bau einer Gaspipeline in den Mittelpunkt, über den schon seit 15 Jahren verhandelt wird. Die bereits erwähnte Route von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan und Indien gilt als das abenteuerlichste Pipelinevorhaben in nachsowjetischer Zeit. Benannt nach den Anfangsbuchstaben der beteiligten Staaten (TAPI) fand dieses Projekt im Dezember 2010 auf einem Gipfel in der turkmenischen Hauptstadt Aschgabad seinen ersten vertraglichen Abschluss, ist aber noch längst nicht realisiert.<sup>35</sup> Es soll zwischen vier und acht Milliarden US-Dollar kosten. Afghanistan erhofft sich von TAPI hohe Transiteinkommen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Hauptproblem bleibt nach wie vor die Sicherheit insbesondere im afghanischen Abschnitt der Route (730 km von insgesamt 1700 km). Nicht zuletzt droht das Projekt zu einem Streitpunkt mit Russland zu werden. In Moskau galt es lange Zeit als geopolitische Provokation, gehörte es doch zu den von Washington unterstützten Energievorhaben, deren Lieferrouen russisches Territorium umgingen. Beim Besuch von Afghanistans Präsident Karzai in Moskau am 20. und 21. Januar 2011 bekundete Gazprom nun Interesse, sich an dem Konsortium zum Bau der Pipeline zu beteiligen und zu ihrer Befüllung mit Erdgas beizutragen. Gegen diesen Vorstoß hatte man im Ausgangsland Turkmenistan Vorbehalte: Russland, das bisher das Projekt bekämpft habe, würde sich bei dessen Umsetzung kaum als verlässlicher Partner erweisen.<sup>36</sup>

Neben TAPI bestimmt ein weiteres Projekt die Diskussion über Energiebrücken nach Afghanistan und Südasien: CASA-1000, wobei CASA für »Central Asia – South Asia« steht. Im Zuge der Verwirklichung dieses Elektrizitätsprojekts sollen jährlich 1000 Megawatt Strom von Kirgistan und Tadschikistan nach Afghanistan, Pakistan und Indien geleitet werden. Auch hier bemüht sich Russland um eine Beteiligung an dem Konsortium.

Solche Ansätze zu einer Wirtschafts- und Energiekooperation sind vorerst nicht mit Begriffen zu fassen,

<sup>35</sup> Bruce Pannier, »TAPI Pipeline Signed, Sealed – Not Yet Delivered«, in: *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 15.12.2010, <[www.rferl.org/content/feature/2248838.html](http://www.rferl.org/content/feature/2248838.html)>; Vladimir Socor, »TAPI: The Audacity of Pipeline Hope«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (14.12.2010) 223.

<sup>36</sup> »Turkmen Website Says Russian Involvement May Impede Trans-Afghan Gas Pipeline«, *BBC Monitoring Global Newline – Central Asia*, 8.2.2011.

die Vorstellungen regionaler Integration evozieren. Von einem »Greater Central Asia« als Region kann wohl kaum die Rede sein, solange in »Central Asia Proper« die fünf postsowjetischen Staaten kein gemeinsames regionales Bewusstsein entwickeln und sich mit zwischenstaatlicher regionaler Kooperation selbst in existentiell wichtigen Handlungsfeldern wie der Wasserpolitik äußerst schwertun. Außerdem ist die Infrastruktur nicht nur in der Konfliktzone Afghanistan rückständig, auch Teile des postsowjetischen Zentralasiens weisen in diesem Punkt gravierende Defizite auf. In den strukturschwächsten Ländern, Kirgistan und Tadschikistan, ist ein erheblicher Teil der Verkehrsinfrastruktur reparaturbedürftig.<sup>37</sup> Gleichwohl gibt es Chancen für die Herstellung von Handels- und Energieverbindungen zwischen dem südlichen GUS-Raum, Afghanistan und Südasien. Afghanistan verzeichnet trotz der prekären Sicherheitslage in den letzten zwei Jahren ein gewisses Wirtschaftswachstum.<sup>38</sup> Erstmals seit gut einem Jahrhundert pflegen afghanische Geschäftsleute wieder Handelsbeziehungen in alle Richtungen, auch mit der Nachbarschaft nördlich des Amudarja. Der Handel zwischen Afghanistan und zentralasiatischen Staaten hat sich belebt, sein Volumen überschreitet bereits das des afghanischen Handels mit Pakistan.<sup>39</sup> Einschlägige Zahlen beziehen sich allerdings auf legalen Handel und klammern die mächtigere Opiumökonomie aus. Gegen die These von einem Aufwärtstrend in den Handelsbeziehungen sind denn auch drei Vorbehalte zu machen: Die positive Entwicklung des Handels ging mit dem Ausbau der nördlichen Nachschublinien einher und stand folglich in Zusammenhang mit dem Militäreinsatz am Hindukusch. Die am meisten Gewinn

<sup>37</sup> International Crisis Group (ICG), *Central Asia: Decay and Decline*, Bischkek/Brüssel, 3.2.2011 (Asia Report Nr. 201), S. 16.

<sup>38</sup> Laut Schätzungen der Weltbank ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Finanzjahr 2009/2010 um 22,5 Prozent auf 14,5 Milliarden US-Dollar gestiegen (ohne Berücksichtigung der Opiumproduktion). Die Armutsquote konnte von 42 Prozent 2008 auf 36 Prozent 2010 gesenkt werden. Zahlen nach *Afghan Transit: How Uzbekistan Can Win Peace and Spur Economic Growth*, Taschkent: Center for Economic Research (CER), Januar 2011 (Development Focus, Nr. 6), <[www.cer.uz/upload/iblock/11b/one%20pages\\_6.pdf](http://www.cer.uz/upload/iblock/11b/one%20pages_6.pdf)>.

<sup>39</sup> Nach Angaben des Zentralen Statistikamts Afghanistans übertraf das Gesamtvolumen des legalen Handels mit zentralasiatischen Staaten 2009/2010 mit 1,2 Milliarden US-Dollar das Volumen des Handels mit den Nachbarn in Südasien (681 Millionen US-Dollar) und desjenigen mit China und Japan (697 Millionen US-Dollar). Nicklas Norling, »Afghanistan's Trade with Central Asia Revives«, in: *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 27.4.2011.



bringenden Waren, die in »Greater Central Asia« gehandelt werden, sind Drogen. Insofern bricht sich die Vision der *neuen Seidenstraßen* an einem der größten Sicherheitsprobleme, das von Afghanistan ausgeht. Abgesehen davon ist eine nachhaltige Befriedung Afghanistans als Voraussetzung für die Ausübung seiner Brückenfunktion nicht in Sicht.

### **Nachschubrouten: Das Northern Distribution Network**

Konkret entfaltet sich afghanistanpolitische Kooperation mit Staaten des GUS-Raums in einem System kontinentaler Nachschubrouten, über die nichtmilitärische Güter zur Versorgung der in Afghanistan stationierten Truppen transportiert werden.<sup>40</sup> Dieses Northern Distribution Network (NDN), das seit drei Jahren genutzt wird, hat zwei Hauptrouten. Die eine beginnt im Hafen von Riga und führt über noch aus sowjetischer Zeit stammende Eisenbahntrassen via Russland und Kasachstan nach Usbekistan, wo sie an der Station Termez die Grenze nach Afghanistan passiert. Die andere, südliche Route startet im georgischen Schwarzmeerhafen von Poti, verläuft über Aserbaidschan, durchquert das Kaspische Meer bis zum Hafen Aktau in Kasachstan und führt weiter bis Termez.

Dass diese Routen an Bedeutung gewonnen haben, resultiert aus der hohen Anfälligkeit für Terroranschläge, die für die Nachschubrouten durch Pakistan kennzeichnend sind. Über Pakistan war zuvor der größte Teil der Güter transportiert worden, mit denen die ausländischen Truppen in Afghanistan versorgt wurden. Im März 2011 entfielen auf den NDN bereits 50 Prozent der Gesamtfracht und 60 Prozent der Brennstofflieferungen an die ISAF-Truppen in Afghanistan.<sup>41</sup> Die USA planen, bis Sommer 2012 75 Prozent des Nachschubs über diese Route abzuwickeln. In der Endphase des Militäreinsatzes am Hindukusch wird dieses Transitsystem unverzichtbar. Doch auch mit

<sup>40</sup> Andrea Schmitz/Uwe Halbach, *Planspiele am Hindukusch. Die drohende Schließung der amerikanischen Militärbasis in Kirgisien verengt die Spielräume der Nato in Afghanistan*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2009 (SWP-Aktuell 10/2009); Andrea Schmitz, *Jenseits von Afghanistan. Die zentralasiatischen Implikationen der neuen ISAF-Strategie*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2010 (SWP-Aktuell 32/2010).

<sup>41</sup> Muhammad Tahir, »Central Asia Stands to Gain as Nato Shifts Supply Lines away from Pakistan«, *Radio Free Europe/Radio Liberty Central Asia Report*, 22.3.2011.

ihm sind sicherheitspolitische Herausforderungen verbunden. Seitdem das Nachschubsystem über den GUS-Raum 2008 in Funktion genommen wurde, richteten die Taliban und ihre Verbündeten wie die Islamische Bewegung Usbekistans die Aufmerksamkeit stärker auf die nördlichen Grenzgebiete Afghanistans und konzentrierten dort ihre Kampfinsätze. Das betrifft auch das Einsatzgebiet der Bundeswehr in Kunduz. Zudem ist der NDN mit Problemen konfrontiert, die auf systemischer Korruption in Zentralasien oder schlechten nachbarschaftlichen Beziehungen in diesem Raum beruhen. So liegen Usbekistan und Tadschikistan im Streit über das gigantische Rogun-Staudammprojekt in Tadschikistan, das in Taschkent als wasserpolitische Aggression des Nachbarlandes angesehen wird. Im Oktober 2010 rief Duschanbe die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als Vermittler im Streit mit Usbekistan an, das eine Bahnroute blockierte, auf der für Tadschikistan bestimmte Güter transportiert wurden – angeblich, so die tadschikische Darstellung, um Duschanbe im Streit um Rogun unter Druck zu setzen.<sup>42</sup>

Der NDN bedeutet insbesondere Abhängigkeit von Usbekistan, das in menschenrechtspolitischer Hinsicht einen speziellen Problemfall im postsowjetischen Raum darstellt. In Gesprächen zwischen Präsident Karimow und hochrangigen Politikern aus Washington, Brüssel und Berlin genießt das Kooperations Thema Afghanistan zusehends Vorrang vor der Beanstandung gravierender politischer Reformdefizite Usbekistans.

Daraus ergibt sich für internationale Akteure wie USA, Nato und EU ein peinliches Spannungsverhältnis zwischen normativer Außenpolitik und einer auf Afghanistan bezogenen pragmatischen Sicherheitspolitik. Obwohl Usbekistans Grenze zu Afghanistan kürzer ist als die der beiden anderen unmittelbaren Nachbarn im GUS-Raum, nimmt es in der Geographie und Infrastruktur von NDN eine Schlüsselstellung ein. Sein Grenzort Termez ist ein Hauptumschlagplatz für den Nachschub nach Afghanistan auf dem Landweg und Sitz eines Luftstützpunkts der Bundeswehr. Dabei wurde der usbekisch-afghanische Korridor in Stellungnahmen zu einer Anfrage des Pentagon im Sommer 2010 als ein »Sumpf aus Ineffizienz, Willkür und

<sup>42</sup> Erkin Ahmadov, »Tajikistan and Uzbekistan Clash over Railway Transit«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 10.11.2010, S. 19–20.

Schmiergeld« bezeichnet.<sup>43</sup> NDN ist vorläufig noch ein Nachschubsystem, das auf den militärischen Einsatz in Afghanistan zugeschnitten ist. Aber es schafft schon jetzt Umschlagplätze und Verkehrswege zwischen Zentralasien und Afghanistan, die Perspektiven für transregionale Wirtschaftsverbindungen eröffnen.

## Die »Heroinattacke« aus Afghanistan

Das prominenteste Thema in russischen Aussagen zu Bedrohungen aus Afghanistan und Mängeln internationaler Zusammenarbeit bei ihrer Eindämmung ist die afghanische Drogenökonomie und der von ihr ausgehende »Heroindruck auf Russland«. Die bissigsten Kommentare gibt der oberste russische Drogenkontrollbeamte Viktor Iwanow ab: »Da koexistiert die weltweit höchste Konzentration von Nato-Streitkräften außerhalb der Nordatlantikregion in friedlicher Form mit der höchsten Dichte des Opiumanbaus.«<sup>44</sup>

89 Prozent des weltweit verbreiteten Heroins stammen inzwischen aus dieser Quelle. Angeblich werden jährlich 88 t Heroin in Europa und 70 t in Russland konsumiert,<sup>45</sup> weit mehr als in Nordamerika. Russland beklagt jährlich 30 000 Drogentote, die überwiegend der »Heroinattacke« aus Afghanistan angelastet werden. Gelegentlich wird diese Zahl noch weit höher angesetzt (bis zu 120 000).

Nach 2001 entstanden neue Routen für den Drogenexport aus Afghanistan. Neben den Südrouten, über die der Hauptteil des Opiums transferiert wird, etablierten sich Nordrouten, die über den GUS-Raum in den europäischen Markt mündeten. Dabei wurden die Transiträume auch zu Konsummärkten.<sup>46</sup> Gegenwärtig verzweigt sich der Opium- und Heroinstrom

aus Afghanistan in drei Haupttrouten: 37 Prozent dieser Drogen gelangen über Iran und die Türkei nach Europa, 30 Prozent über Pakistan nach Iran oder in die Häfen des Mittleren Ostens und 25 Prozent über Zentralasien nach Russland. Allerdings kommt es immer wieder zu einer Verschiebung dieser Anteile. Laut Angaben der Drogenkontrollbehörde Tadschikistans hat sich der Drogenstrom aus Afghanistan 2010 wieder stärker auf die über Iran verlaufende Westroute verlagert.<sup>47</sup> Von Wikileaks veröffentlichte US-Depeschen berichten von einem sprunghaften Anstieg des Heroinschmuggels über Iran und Aserbaidschan nach Europa.<sup>48</sup>

Moskau veranstaltete im Juni 2010 eine erste internationale Konferenz über »Drogenproduktion in Afghanistan: Eine Herausforderung für die internationale Gemeinschaft«. Russische Politiker, aber auch Beobachter und Fachleute wie Dmitrij Trenin, Direktor des Moskauer Carnegie-Instituts, setzen zwischen Drogenhandel und Terrorismus ein Gleichheitszeichen: Der Drogenhandel generiere einen ungeheuren Geldüberhang, der Terrororganisationen zugutekomme und ihnen enorme Ressourcen verschaffe, mit deren Hilfe sie ganze Regionen destabilisieren könnten.<sup>49</sup> An der Verlässlichkeit der vorgelegten Zahlen wurden zwar schon Zweifel geäußert, darunter auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen für Drogenbekämpfung in Russland. Aber obwohl das Thema »Heroinkrieg gegen Russland« zweifellos propagandistische Züge aufweist, steht doch außer Frage, dass Russland zu einem Hauptopfer des Drogenstroms aus Afghanistan geworden ist. Daher fordert es von der Nato auch mit Nachdruck eine gezieltere Drogenbekämpfung im Ursprungsland der Opiate. Viktor Iwanow präsentierte 2010 ein Projekt, in dem eine Reihe von Maßnahmen für ein koordiniertes internationales Vorgehen verlangt werden: 1. soll der UN-Sicherheitsrat offiziell erklären, dass die afghanische Drogenproduktion eine Bedrohung für die internationale Sicherheit und den Weltfrieden darstellt; 2. soll die internationale Gemeinschaft einen Fonds für ein Projekt zur Entwicklung der afghanischen Infrastruk-

<sup>43</sup> »Responses to a Pentagon-issued request for information about sourcing fuel in Uzbekistan appear to suggest that the Uzbek-Afghan corridor of the Northern Distribution Network (NDN) is a morass of inefficiency, arbitrariness and ›informal payments« (zitiert in: Deirdre Tynan, »Documents Highlight Problems with Uzbek Corridor of Afghan Supply Route«, *Eurasianet.org*, 28.6.2010).

<sup>44</sup> »Nato's Big Presence in Afghanistan Enables Opium Growing – Russian Drugs Tsar«, *BBC Monitoring Global Newline – Former Soviet Union Political File*, 9.6.2011.

<sup>45</sup> Zitiert von Ol'ga Kolseničenko, »Global'naja kontrterrorističeskaja koalicija« [Die globale Anti-Terror-Koalition], in: *Nezavisimaja gazeta*, 8.7.2011.

<sup>46</sup> Uwe Halbach, *Drogenströme durch den GUS-Raum. Symptom und Ursache von Instabilität*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2004 (SWP-Studie 47/2004).

<sup>47</sup> »Drug Seizure Statistics of Tajikistan for 2010 Presented«, *BBC Monitoring Global Newline – Central Asia*, 27.1.2011.

<sup>48</sup> Allein im ersten Quartal 2009 sollen in Aserbaidschan etwa 7,5 Prozent des Heroins beschlagnahmt worden sein, das aus afghanischem Opium produziert wurde. Boris Kalnoky, »Ist Iran der größte Drogendealer der Welt?«, in: *Die Welt*, 21.1.2011.

<sup>49</sup> Dmitrij Trenin, »Cena voprosa« [Der Preis der Frage], in: *Kommersant*, 6.10.2010.

tur bereitstellen, in dessen Rahmen mindestens zwei Millionen Arbeitsplätze zu schaffen seien; 3. soll durch erprobte Maßnahmen direkter Bekämpfung der Drogenproduktion dafür gesorgt werden, dass mindestens ein Viertel der afghanischen Opiumernte vernichtet wird, nicht wie bisher nur wenige Prozent; 4. soll die UNO afghanische Großgrundbesitzer, die vom Opiumanbau profitieren, auf ihre Sanktionslisten setzen; zu diesem Zweck soll ein Kataster der Landbesitzungen im Süden Afghanistans erstellt werden; 5. soll die ISAF zur direkten Bekämpfung des Opiumanbaus eingesetzt werden; 6. muss ein Austausch von Informationen beispielsweise über die Dislozierung von Heroinlaboratorien und ihre Belieferung erfolgen; 7. soll bei der Ausbildung einer afghanischen Drogenpolizei kooperiert werden.<sup>50</sup>

Russland fordert die Drogenbekämpfung entlang der gesamten Produktions-, Distributions- und Konsumptionslinien. Dabei hebt es insbesondere die Anbauflächen in Afghanistan hervor, wobei nicht die Kleinbauern zu bekämpfen seien, sondern die Großgrundbesitzer als Produzenten, ebenso die Heroinlaboratorien, die über das ganze Land verstreut, aber mit Schwerpunkt im Norden konzentriert sind. Nach russischen Angaben gibt es über tausend solcher Laboratorien in Afghanistan, von denen in einer gemeinsamen Aktion russischer, amerikanischer und afghanischer Drogenbekämpfer im Oktober 2010 gerade einmal vier zerstört wurden.<sup>51</sup> Russland ist bemüht, Afghanistan, Tadschikistan und Pakistan in dem weiter oben (S. 13) erwähnten Viererformat für gemeinsame Maßnahmen zur Drogen- und Terrorbekämpfung zu gewinnen und China anzusprechen, das ebenfalls unter der »Heroinattacke aus Afghanistan« zu leiden hat.<sup>52</sup> Mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit will Moskau eine separate Strategie zur Drogenbekämpfung entwickeln.

In einigen russischen Kommentaren wird die Tatsache, dass sich die Nato mit der direkten Bekämpfung der Opiumproduktion, konkret der breitflächigen Vernichtung der Anbaufelder zurückhält, als anti-russische Aggression gewertet. Da ist die Rede von

**50** »Plan likvidacii afganskogo narkoproizvodstva »Raduga 2« [Plan zur Liquidierung der afghanischen Drogenproduktion »Regenbogen 2«], in: *Kommersant*, 10.6.2010.

**51** Interview mit Viktor Iwanow in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 19.11.2010, S. 2.

**52** »Russia, China Concerned by Threat Posed by Afghan Drug Production – Official«, *BBC Monitoring Global Newswire – Former Soviet Union*, 27.5.2010.

einem gezielten »Opiumkrieg gegen Russland«.<sup>53</sup> Der Scheu der Nato vor einem »Flächenkrieg« gegen das afghanische Opium stellen russische Kommentare das Vorgehen der USA in Kolumbien gegenüber, wo Koka-pflanzungen großflächig durch »aerial spray« zerstört werden. Die Forderung nach einer breit angelegten Vernichtung der Opiumfelder in Afghanistan findet aber auch in Russland keinen ungeteilten Zuspruch.<sup>54</sup>

Dieser Forderung stehen die afghanische Regierung und die westlichen Alliierten in Afghanistan mit großer Zurückhaltung gegenüber. Nach Einschätzung Kabuls und der Nato-Kommandeure würde eine Vernichtungskampagne die afghanische Bevölkerung ins Lager der Aufständischen treiben. Der indirekte Kampf gegen die Drogenökonomie soll allerdings intensiviert und die afghanische Regierung bei ihrem Bemühen um die Eindämmung des Drogenkonsums im eigenen Land stärker unterstützt werden. Dabei soll aber die Förderung alternativer Anbaukulturen vor der Vernichtung von Opiumfeldern rangieren. Russische Kommentare verweisen an dieser Stelle auf die gewaltige Kluft zwischen den Erträgen des Mohnanbaus und den Erträgen aus dem Anbau anderer Kulturen.

Der wiederholte Hinweis auf die verfehlte Drogenpolitik in Afghanistan belastete auch die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Kabul. In Kabul wies das für Drogenbekämpfung zuständige Ministerium die russischen Angaben als nicht korrekt zurück. Der neuerliche Rückgang des Mohnanbaus in zwanzig Provinzen des Landes sei dabei unberücksichtigt geblieben.<sup>55</sup> Viktor Iwanow räumt einen Ernterückgang und ein Abschwollen des afghanischen Drogenstroms zwar ein, verweist aber gleichzeitig

**53** Wjatscheslaw Nikonow, der Präsident eines kremlnahen Think Tanks, verwies 2010 in diesem Zusammenhang auf angebliche Aussagen hoher US-Offizieller, die ein strikteres Engagement auf diesem Feld ablehnten. Dabei hätten sie erklärt, die afghanischen Drogenströme stellten für die USA keine direkte Gefahr dar, wohl aber für Russland und Europa. Vjačeslav Nikonov, »Smert' s Juga« [Der Tod aus dem Süden], in: *Izvestija*, 17.6.2010.

**54** Senator Michail Margelow, der dem Auswärtigen Ausschuss des Föderationsrats vorsitzt, weist darauf hin, dass beim Kampf gegen die Opiumproduktion die Lebenswirklichkeit der afghanischen Bauern zu berücksichtigen sei. Inzwischen hänge die Wirtschaft Afghanistans zu einem Drittel von der Drogenproduktion ab, für viele Bauern biete der Mohnanbau die einzige Lebensperspektive. »Afghanistan's Future Depends on Combating Drug-trafficking – Russian Senator«, *BBC Monitoring Global Newswire – Former Soviet Union Political File*, 11.7.2010.

**55** Zitiert in: »Paying for Afghanistan's Poppy«, in: *The Pioneer (India)*, 11.3.2010.

darauf, dass sich nach Schätzungen seiner Behörde in Afghanistan aus früheren üppigen Ernten 15 000 t Opium angesammelt haben, die Russland weiterhin bedrohen.<sup>56</sup>

Zwischen dem afghanischen Innenministerium und den Drogenkontrollbehörden Russlands und der USA bildete sich ein trilaterales Kooperationsformat heraus. Eine gemeinsame Operation gegen Drogenlaboratorien in Afghanistan im Oktober 2010 rief allerdings gemischte Reaktionen hervor. Russische Medienkommentare kritisierten sie als Verletzung des strikten Tabus, russische Soldaten nach Afghanistan zu entsenden, und warnten davor, sich über das Vehikel der Drogenbekämpfung in einen Krieg in Afghanistan involvieren zu lassen.<sup>57</sup>

Für den anschwellenden Drogenstrom nach Russland sind freilich auch Faktoren verantwortlich, über die sich offizielle russische Kommentare weniger auslassen. Dazu gehören der hohe Grad an Korruption in den Sicherheits- und Grenzschutzorganen Russlands und der zentralasiatischen GUS-Staaten und die geringe Effizienz der dortigen Drogenbekämpfung. Laut Angaben der Vereinten Nationen werden im GUS-Raum allenfalls fünf Prozent der geschmuggelten Drogen abgefangen. Das liegt weit unter den Erfolgsquoten Irans (20 Prozent), Pakistans (18 Prozent) oder Chinas (17 Prozent).<sup>58</sup> In den Drogenhandel in Russland sind laut der Organisation »Stadt ohne Drogen«, die von Jewgenij Rojsman aus Jekaterinburg geleitet wird, Beamte und Angehörige der Sicherheitskräfte verstrickt. Während in einigen Ländern Mittel- und Südamerikas Kriege zwischen Sicherheitsorganen und Drogenbanden toben, ist von solcher Konfrontation in Zentralasien nichts zu bemerken.<sup>59</sup> Das wirft die Frage auf, inwieweit staatliche Organe hier in die grenzüberschreitende Drogenökonomie involviert sind. Und nicht zuletzt fällt im Ausgangsland Afghanistan die Verwicklung der politischen Akteure in diese Ökonomie ins Gewicht.<sup>60</sup>

**56** »Afghan ›Drug Pressure‹ on Russia Diminishes, Says Antinarcotic Agency«, *BBC Monitoring Global Newsline – Central Asia Political File*, 22.1.2010.

**57** »Russia Has ›No Alternative‹ to Joining Afghan Anti-drug Operations«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union*, 8.11.2010.

**58** Daten nach Trenin/Malashenko, *Afghanistan: A View from Moscow* [wie Fn. 6], S. 19.

**59** David Lewis, »High Times on the Silk Road. The Central Asian Paradox«, in: *World Policy Journal*, 27 (Frühjahr 2010) 1.

**60** Citha Maaß, *Afghanistans Drogenkarriere. Von der Kriegszur Drogenökonomie*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2010 (SWP-Studie 2/2010), S. 24–28.

## Afghanistans nördliches Vorfeld: Sicherheit in Zentralasien

Aussagen über die Sicherheitslage Zentralasiens stehen unter einem wesentlichen Vorbehalt: Informationen zu dieser Lage, die von den nationalen Sicherheitsorganen geliefert werden, sind überprüfungsbedürftig. Da wird oft unter einem reflexartigen Drang zur Externalisierung auf subversive Kräfte von außen verwiesen, um hausgemachte, in der eigenen Verantwortung liegende Ursachen von Instabilität auszublenden oder zu relativieren. Beispiele dafür boten die offiziellen Aussagen Usbekistans zu den Hintergründen des »Aufstands von Andischan« und zu seiner brutalen Niederschlagung im Mai 2005 oder die Stellungnahmen kirgisischer Behörden zu den Gewaltexzessen in den Südprowinzen Osch und Jalalabad im Juni 2010.

Afghanistan war für die Regierungen in Zentralasien von Beginn ihrer staatlichen Unabhängigkeit 1991 an ein sicherheitspolitisches Thema. Ein Staat wie Usbekistan hat sich lange darum bemüht, internationale Aufmerksamkeit für die desolote Sicherheitslage in dem südlichen Nachbarland und für deren Auswirkungen auf die »newly independent states« in Zentralasien zu wecken. Doch erst mit dem 11. September 2001 richtete sich die Aufmerksamkeit verstärkt auf diese Thematik. Die innenpolitischen Turbulenzen, unter denen Tadschikistan in seine staatliche Unabhängigkeit eintrat, waren mit Entwicklungen in Nordafghanistan verbunden, wo sich bewaffneten Oppositionsgruppen Rückzugsräume eröffneten. Afghanistan diente den unabhängig gewordenen Staaten Zentralasiens als Menetekel. Die Regierung in Tadschikistan hielt sich zugute, mit dem Prozess »nationaler Versöhnung« seit 1997 verhindert zu haben, dass ihr Land den afghanischen Weg des Staatszerfalls einschlägt. Doch seit 2009 und vor allem im Herbst 2010 kehrte die »failing state«-Perspektive in die Analysen zur Stabilität Tadschikistans zurück – Anlass gaben Gefechte zwischen Sicherheitsorganen und bewaffnetem Untergrund in Landesteilen wie dem Rascht-Tal, die sich schon als Schauplätze des Bürgerkriegs hervorgetan hatten. Auch die Entwicklung in Kirgistan nach dem erneuten irregulären

Machtwechsel vom April 2010<sup>61</sup> drohte in den Augen mancher dem Muster Afghanistans zu folgen. Es gelte, »ein zweites Afghanistan« zu verhindern, war einer der ersten Kommentare des russischen Präsidenten Medwedew zu den Wirren in dem Land.

Im Jahr 2011 nahmen dann die Unruhen in der arabischen Welt Einfluss auf Analysen der Stabilität Zentralasiens. Dabei fielen die Reaktionen auf den »arabischen Frühling« in anderen Teilen des postsowjetischen Raums, etwa im Südkaukasus, prägnanter aus als hier, wo die Ähnlichkeit mit den angefochtenen politischen Kulturen am stärksten ausgeprägt ist. Die zentralasiatischen Präsidenten stellten schlicht in Abrede, dass ihrer Herrschaft ähnliches Ungemach drohe wie ihren Amtskollegen in Nordafrika. Auch westliche Analysen halten sich damit zurück, die »Arabellion« auf die Verhältnisse im postsowjetischen Raum zu übertragen. Etliche Faktoren, die zu Katalysatoren der Unruhen in der arabischen Welt geworden waren, finden sich aber auch in Zentralasien: systemische Korruption, die exklusive Machtstellung von Präsidentenfamilien, Intransparenz der Regierungsführung, Unterdrückung von Regimekritik, hohe Jugendarbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit, Armut und explodierende Nahrungsmittelpreise.<sup>62</sup> In einer Ansprache vor der Staatsduma am 13. April 2011 trug der stellvertretende russische Außenminister Grigorij Karasin entsprechende Bedenken vor. Russland sei über wachsende Risiken in Zentralasien besorgt und glaube, dass eine Entwicklung wie im Mittleren Osten und Nordafrika nur durch zügige Reformen abzuwenden sei.<sup>63</sup> Das waren erstaunliche Töne aus einem

61 Dazu siehe Andrea Schmitz/Tommaso Trevisani, *Neuanfang im Schatten der Krise. Kirgistan nach dem Regimewechsel*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2011 (SWP-Studie 16/2011).

62 Andrea Schmitz/Alexander Wolters, »Revolutionen in Zentralasien? Der »Arabische Frühling« als Herausforderung für die Region«, in: *Zentralasien-Analysen*, (29.7.2011) 43–44, S. 2–5; Roman Muzalevsky, »Food Security Problems in Central Asia Challenge Local Regimes«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 8 (15.4.2011) 51.

63 »Central Asia Needs Reforms to Avoid Events Like in Mid-east – Russian Ministry«, *BBC Global Monitoring – Former Soviet Union Political File*, 14.4.2011. Vgl. Roman Muzalevsky, »Toward an Arab-Style Uprising in Central Asia?«, Zürich: Eidgenös-

Russland, das sich für autoritäre Regime in seinem »nahen Ausland« als Anlehnungsmacht anbietet, wenn es gilt, westliche Kritik abzuwehren. Einen anderen Akzent setzte im September 2011 die militärische Führung in Russland. Der Chef des russischen Generalstabs nannte als Zweck eines im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit abgehaltenen einwöchigen Manövers mit zentralasiatischen Streitkräften (Centr-2011), dass es dazu dienen solle, die Fähigkeit zur Reaktion auf Unruhen »wie in Nordafrika und dem Mittleren Osten« zu testen.<sup>64</sup> Auf einem informellen OVKS-Gipfel in Astana wurde im August 2011 die Abwehr von Gefahren erörtert, die für postsowjetische Regierungen durch politische Aktivitäten sozialer Netzwerke entstehen könnten. Die Internet-Nutzung in einigen Ländern in diesem Raum übertrifft bereits das Niveau Nordafrikas.

In seiner Zentralasienpolitik rückt Russland das Thema Afghanistan in den Mittelpunkt. Das deckt sich mit europäischen und amerikanischen Bedrohungsanalysen. So hob die Europäische Union, die 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft eine Zentralasienstrategie formuliert hat, 2010 drei Herausforderungen in dieser Region hervor: die Afghanistanfrage, die regionalen Wasserkonflikte und die politische Krise in Kirgistan.<sup>65</sup> Ein Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie für Zentralasien vom Juni 2010 argumentiert, dass Sicherheitskooperation hier insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklung in Afghanistan immer bedeutsamer wird. In diesem Kontext werden Programme zur Sicherung der Grenzen akzentuiert. Faktisch kann allerdings von einer intensivierten europäischen Sicherheitspolitik in Zentralasien kaum die Rede sein.<sup>66</sup> Die Zentralasienpolitik der USA setzte vier Prioritäten: An erster Stelle steht die Ausweitung der Kooperation mit zentralasiatischen Staaten zur Unterstützung von ISAF, gefolgt von der Entwicklung und Diversifizierung regionaler Ressourcen, politischer Liberalisierung und Entwicklung von Markt-

wirtschaft.<sup>67</sup> 2011 wurde angeregt, dass Washington seine Zentralasienpolitik neu ausrichte. Als Gründe dafür wurden die Krise im Mittleren Osten und in Nordafrika, die politischen Turbulenzen in Kirgistan und die Sicherheitslage in Tadschikistan angesichts der Einleitung des Rückzugs aus Afghanistan genannt.<sup>68</sup>

## Grenzüberschreitender Jihad

Inwieweit und über welche Kanäle ist nun die Sicherheitslage in Zentralasien und im weiteren GUS-Raum mit den Zuständen in Afghanistan verknüpft? Unter den grenzüberschreitenden Risiken wurde neben dem Drogenhandel stets der militante Islamismus hervorgehoben, wobei a priori eine Verbindung zwischen beiden Risiken hergestellt wurde. Als die Taliban im September 1996 in Afghanistan die Macht ergriffen, versetzte dies die Regierungen in Zentralasien in Alarm. Rasch wurde das Gespenst einer regionsübergreifenden *Talibanisierung* an die Wand gemalt. Militärische Aktionen der IBU im kirgisischen Landesteil Batken, in unkontrollierten Zonen Tadschikistans und im Fergana-Tal verstärkten 1999 und 2000 diese Bedrohungsperzeption.<sup>69</sup>

In diesem Kontext wurde etwa die Verschränkung militanter Jihad-Netzwerke über die 2400 km langen Grenzlinien zwischen Afghanistan und seinen zentralasiatischen Nachbarn als Herausforderung für die Sicherheitslage im GUS-Raum herausgestellt. Indes war die Frage, inwieweit Phänomene der Radikalisierung und Politisierung im Prozess islamischer »Wiedergeburt« in postsowjetischen Gesellschaften mit den Vorgängen im »Gottesstaat« der Taliban vergleichbar waren. Bis heute bleibt in Russland unter Experten umstritten, ob die Taliban als transnationale Bewegung oder eher als innerafghanischer, paschtunischer Akteur anzusehen sind, von dem Übergriffe auf Zentralasien eher nicht erwartet werden müssen. In Zentralasien erinnert man sich an entsprechende Drohungen aus dem Taliban-Afghanistan vor 2001, die sich auf »heilige Stätten« wie Samarkand und Buchara

sische Technische Hochschule (ETH), 3.5.2011, <[www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/ISN-Insights/Detail?lng=en&id=128824&contextid734=128824&contextid735=128822&tabid=128822](http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/ISN-Insights/Detail?lng=en&id=128824&contextid734=128824&contextid735=128822&tabid=128822)>.

<sup>64</sup> Zitiert von Pavel Felgenhauer, »Russia Begins Tsentr 2011 Military Exercises«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 8 (15.9.2011) 169.

<sup>65</sup> Sébastien Peyrouse, »The EU Strategy for Central Asia and the Kyrgyz Crisis«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, (19.8.2010) 15. <<http://cacianalyst.org/?q=node/5384>>.

<sup>66</sup> Marlène Laruelle, *Involving Central Asia in Afghanistan's Future – What Can Europe Do?*, Madrid, August 2011 (EUCAM Policy Brief, Nr. 20), <[www.eucentralasia.eu/fileadmin/user\\_upload/PDF/Policy\\_Briefs/EUCAM-Brief.20.pdf](http://www.eucentralasia.eu/fileadmin/user_upload/PDF/Policy_Briefs/EUCAM-Brief.20.pdf)>.

<sup>67</sup> Robert E. Blake, Jr., Assistant Secretary, Bureau of South and Central Asian Affairs, »U.S. Policy towards Central Asia«, in: U.S. Department of State, *Diplomacy in Action*, 30.7.2010, <[www.state.gov/p/sca/rls/rmks/2010/145463.htm](http://www.state.gov/p/sca/rls/rmks/2010/145463.htm)>.

<sup>68</sup> Richard Weitz, »New U.S. Thinking on Central Asia«, in: *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 30.3.2011.

<sup>69</sup> Ahmed Rashid, *Taliban. Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia*, London/New York 2000.

bezogen. Und selbst wenn die Taliban keine Bedrohung darstellen, so wären doch möglicherweise die in Afghanistan und Pakistan kämpfenden Mujahedin aus Zentralasien eine Gefahr, wobei stets die IBU ins Spiel gebracht wird.

Zweifellos gibt es islamistische Grenzgänger, die zwischen Zentralasien, Afghanistan und Pakistan pendeln.<sup>70</sup> Entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze stellen Geheimdienste zunehmende Terroraktivitäten fest, an denen Kämpfer aus Teilen des GUS-Raumes beteiligt sind. Daraufhin wird gemeldet, die IBU verstärke ihre grenzüberschreitenden Aktivitäten in der Region. Ein Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsdienstes Usbekistans sprach im Juli 2011 von insgesamt 5000 Usbeken, Kirgisen, Tadschiken, Tataren, Tschetschenen und Angehörigen anderer Nationalitäten aus dem GUS-Raum, die sich als IBU-Mitglieder in terroristischen Ausbildungslagern in der Türkei, Afghanistan und in Pakistan aufhielten.<sup>71</sup> Angebliche Verbindungen zum »Islamischen Emirat« im Nordkaukasus fordern die Sicherheitspolitik Russlands heraus.<sup>72</sup> Auch in Deutschland wurde die Frage aufgeworfen, ob es eine Verbindung gebe zwischen einheimischen Islamistenzellen und Jihad-Netzwerken mit zentralasiatischem und afghanisch-pakistanischem Hintergrund. Anlass dazu gab die sogenannte Sauerlandgruppe, gegen die 2009 der bis dahin größte Terroristenprozess Deutschlands geführt wurde. Die Gruppe hatte Verbindungen zur »Islamischen Jihad-Union«, einem global ausgerichteten radikalisierten Ableger der IBU, der in Grenzgebieten Afghanistans und Pakistans einen Rückzugsraum hat.<sup>73</sup> Zu einem am 29. Oktober 2011 verübten Selbstmordanschlag in Kabul, der zunächst den Taliban zugeschrieben wurde, bekannte sich per Audiobotschaft im Namen der IBU der aus Deutschland stammende Extremist Mounir C. alias »Abu Adam«.<sup>74</sup>

<sup>70</sup> Thomas E. Sanderson/Daniel Kimmage/David A. Gordon, *From the Ferghana Valley to South Waziristan. The Evolving Threat of Central Asian Jihadists*, Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies (CSIS), März 2010.

<sup>71</sup> »Uzbek Security Officer Says 5000 Members of Islamic Group Trained in Pakistan«, *BBC Monitoring Global Newswire – Central Asia Political File*, 24.7.2011.

<sup>72</sup> Viktor Korgun, »Das Afghanistanproblem aus russischer Perspektive«, in: *Russland-Analysen*, (18.6.2010) 203, S. 2–5 (3).

<sup>73</sup> Guido Steinberg, *Die Islamische Jihad-Union. Zur Internationalisierung des usbekischen Jihadismus*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2008 (SWP-Aktuell 23/2008).

<sup>74</sup> »Deutscher Dschihadist beansprucht Kabuler Anschlag für die IBU«, *Spiegel Online*, 8.11.2011.

Für Zentralasien wurde zuletzt nach Anschlägen im Mai 2011 – Tatort war das bislang weitgehend terrorismusfreie Kasachstan – die Gefahr eines um sich greifenden islamistischen Terrorismus beschworen.<sup>75</sup> Dabei stach Zentralasien in der Statistik weltweiter Terrorismusaktivitäten bislang nicht sonderlich hervor. Während zwischen 2007 und 2010 in Afghanistan 7774 Terroranschläge mit 9929 Todesopfern verzeichnet wurden, von denen gut die Hälfte auf das Konto der Taliban ging, wurden in den fünf Staaten Zentralasiens im selben Zeitraum gerade einmal 17 Terrorakte registriert, 11 davon ereigneten sich in Tadschikistan.<sup>76</sup> Mit dieser Summe rangiert die Region auch weit hinter Pakistan (5965 Anschläge mit 8421 Todesopfern), Indien (3219 Anschläge, 3672 Tote), Nepal (1036 Anschläge, 212 Tote) oder Nordafrika (236 Anschläge, 493 Tote).<sup>77</sup> Im postsowjetischen Raum sind terroristische Gewaltereignisse im Nordkaukasus sehr viel häufiger als in Zentralasien: Laut dem russischen Innenminister wurden allein von Januar bis November 2011 dort 350 »terrorism-related crimes« begangen.<sup>78</sup> Aufgrund der Gewaltdiffusion in seiner kaukasischen Peripherie ist Russland derjenige Staat im GUS-Raum, der mit großem Abstand die Terrorismusstatistik anführt und auch weltweit zu den am stärksten betroffenen Terrorismusopfern gehört. Das gravierendste Gewaltereignis in Zentralasien in jüngster Zeit, die Pogrome an der usbekischen Bevölkerungsgruppe im Süden Kirgistans im Juni 2010, wies keine islamistisch-terroristische Komponente auf.

Auch wenn Querverbindungen zur Jihad-Szene in Afghanistan und Pakistan existieren, kann von einer »jihadistischen Achse« zwischen dem Kaukasus, Zentralasien und Afghanistan/Pakistan nur mit Einschränkungen die Rede sein. Eine wesentliche Einschränkung sind die ungesicherten Informationen. Zahlenangaben etwa zu Kämpfern aus Zentralasien oder dem Kaukasus, die in Afghanistan und Pakistan aktiv sind, schwanken gewaltig. Eine Studie der International Crisis Group (ICG) zur Sicherheitslage in Tadschikistan

<sup>75</sup> Ariel Cohen/Morgan L. Roach, *Central Asian Terrorism: An Emerging Threat to U.S. Security*, Washington, D.C.: The Heritage Foundation, 13.6.2011 (WebMemo, Nr. 3292).

<sup>76</sup> Anthony Cordesman/Andrew C. Gagel, *Patterns in Terrorism in North Africa, the Middle East, Central Asia and South Asia 2007–2010*, Washington, D.C.: CSIS, 29.6.2011, S. 35, 45.

<sup>77</sup> Ebd., S. 6, 29, 37, 40, 46.

<sup>78</sup> »Insurgency-Related Violence Reported in Dagestan, Kabardino-Balkaria and Ingushetia«, in: *Jamestown Eurasia Daily Monitor*, 8 (18.11.2011) 214.

vom Mai 2011 weist eingangs auf fundamentale Informationslücken hin.<sup>79</sup>

Das Fergana-Tal im Dreiländereck von Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan sticht durch vielschichtige Probleme hervor. Islamistische Dynamiken wurzeln hier in einer Subregion, in der schon in spät-sowjetischer Zeit religiöse Erweckungsbewegungen die lokalen KGB-Strukturen herausgefordert haben. Beim Übergang von der sowjetischen in die nach-sowjetische Periode kombinierten sich dort verschiedene Faktoren, die für Instabilität sorgen: inter-ethnische Kollisionen 1989 und 1990, kriegerische Machtkämpfe in Tadschikistan, ungesicherte Grenzen, die ethnische Siedlungsräume durchschneiden und Exklaven des einen Staates auf dem Territorium eines anderen demarkieren, Boden- und Wasserkonflikte, angespannte zwischenstaatliche Beziehungen etwa Usbekistans zu seinen Nachbarn Kirgistan und Tadschikistan. Diese Subregion ist geographisch gesehen nur ein kleiner Ausschnitt aus dem post-sowjetischen Zentralasien, bildet aber den Bevölkerungsschwerpunkt der gesamten Region. Was hier geschieht, entfaltet rasch grenzüberschreitende Wirkung. In Tadschikistan tauchen seit 2009 Wieder-gänger aus der Zeit des Bürgerkriegs auf, die sich in Afghanistan verschanzt hatten.

In den meisten Analysen über Jihad-Verbindungen zwischen Afghanistan, Pakistan und dem GUS-Raum steht, wie gesagt, die IBU im Mittelpunkt. Im September 2011 zitierte die *Nezavisimaja gazeta* Äußerungen russischer und lokaler Regionalexperten, die vor wachsender Aktivität dieses Netzwerks warnen. Die IBU nutze neuerdings Kasachstan als Rückzugs- und Rekrutierungsraum, jenes Land in Zentralasien, das am wenigsten mit der islamistischen Herausforderung in Verbindung gebracht wird.<sup>80</sup>

<sup>79</sup> ICG, *Tajikistan: The Changing Insurgent Threats*, Bischkek/Brüssel, 24.5.2011 (Asia Report, Nr. 205), S. 1.

<sup>80</sup> »Islamic Movement of Uzbekistan Steps Up Activity in Central Asia-Russian Paper«, *BBC Monitoring Global Newslines – Former Soviet Union Political File*, 14.9.2011.



## Die Afghanistan-Politik der zentralasiatischen Staaten

Afghanistan hat in der Außen- und Sicherheitspolitik der fünf zentralasiatischen Staaten keinen einheitlichen Stellenwert. Drei Staaten – Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan – grenzen unmittelbar an Afghanistan, mit dem sie auch in ethnischer Hinsicht verflochten sind, da im Nachbarland größere tadschikische, usbekische und turkmenische Minderheiten leben. Die Südprovinzen Kirgistans, das durch tadschikisches Territorium von Afghanistan getrennt ist, sind stark in den von dort ausgehenden Drogenhandel involviert. Kasachstan, geographisch am weitesten von der afghanischen Krisenzone entfernt, ist zu einer Regionalmacht und zu einem internationalen Akteur geworden, der ebenso wie Russland und China eine gewichtige Position in einem größeren eurasischen Raum beziehen will und dabei die Entwicklung am Hindukusch nicht ignorieren kann. Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan figurieren in Analysen zum afghanisch-zentralasiatischen Konnex als jene Staaten der Region, die am stärksten gegenüber den Entwicklungen in Afghanistan exponiert sind. Turkmenistan hat eine lange gemeinsame Grenze mit Afghanistan, sieht sich aber offenbar weniger als ein von den ungewissen künftigen Entwicklungen dieses Nachbarlandes bedrohter »Frontstaat«. Es richtet seine Afghanistan-Politik gegenwärtig vor allem auf das Pipelineprojekt TAPI aus. Ungeachtet der unterschiedlichen strategischen Gewichtung Afghanistans beteiligen sich alle zentralasiatischen Staaten mehr oder weniger an Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfen, die vor allem den Nordprovinzen des Landes zugutekommen. Selbst Tadschikistan, Afghanistans ärmster Nachbar, zeigt hier Engagement, etwa mit einem 2008 abgeschlossenen Abkommen über Stromlieferungen. Das weitaus reichere Kasachstan leistet am meisten Entwicklungshilfe. Mit einem Programm, das Projekte in den Bereichen Wasserversorgung, Infrastruktur und Bauwesen umfasst, unterstützt es den Wiederaufbau Afghanistans.

### Tadschikistan als »Frontstaat«

Tadschikische Sicherheitsexperten zeigen sich über den Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan

besonders beunruhigt: Die Entwicklung in einem sich selbst überlassenen Afghanistan könne schlimmstenfalls einen neuen Bürgerkrieg im eigenen Land verursachen. In jedem Fall gefährde die wohl weiterhin bestehende Instabilität am Hindukusch die Sicherheit in Zentralasien. Dabei seien regionale Sicherheitsstrukturen wie die OVKS kaum in der Lage, die Region vor Bedrohungen durch extremistische Kräfte mit Rückhalt in Afghanistan zu schützen.

Die tadschikisch-afghanische Grenze markiert die heikelste Nahtstelle zwischen Afghanistan und dem GUS-Raum. Sie ist mit 1344 km die längste gemeinsame Staatsgrenze Afghanistans mit einem zentralasiatischen Nachbarn und verläuft durch kaum kontrollierbares Gelände. Über diese poröse Grenze gelangt ein Großteil der aus Afghanistan geschmuggelten Drogen nach Russland und Europa.

Moskau und Duschanbe führen eine Auseinandersetzung darüber, ob russische Truppen wie schon bis Juli 2005 erneut den Schutz dieser besonders exponierten Außengrenze des GUS-Raums übernehmen sollten. Die tadschikische Regierung lehnte ein entsprechendes russisches Angebot mit dem Argument ab, sie habe die Situation im Lande und an seinen Grenzen unter Kontrolle. Gleichzeitig greift sie bei der Sicherung dieser Grenze verstärkt auf amerikanische technische Unterstützung zurück. Moskau untermauert das Angebot einer Entsendung von Grenztruppen wiederum mit dem Hinweis auf den kaum gedrosselten Drogenstrom aus Afghanistan und macht geltend, dass Russland diese kritische Grenze 110 Jahre lang wirksam bewacht habe.<sup>81</sup> Unter russischer Grenzschutzägide wurden allerdings kaum weniger Drogen transferiert als heute. Auch damals hatte man vermutet, dass die Grenzschrützer in dieses einträglische Geschäft verwickelt waren.

Im Herbst 2010 verschlechterte sich die Sicherheitslage nach Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern in den östlichen und nördlichen Landesteilen Tadschikistans. Die Behauptung der Regierung, sie habe das Land und seine Gren-

<sup>81</sup> »Russia Wants Return of Its Border Guards to Tajik-Afghan Border – Agency«, *BBC Monitoring Global Newslines – Central Asia Political File*, 6.5.2011.

zen unter Kontrolle, wurde nun massiv in Frage gestellt.<sup>82</sup> Der bereits zitierte ICG-Report charakterisiert das Land als »in sozialer, wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht zutiefst verletzbar«. Schon die Aktionen einzelner Warlords und kleinere Infiltrationen von Kämpfern aus Afghanistan überfordern seine Sicherheitskräfte. Auf eine bislang von der Regierung propagierte »Gewissheit« könne man sich jedenfalls nicht mehr verlassen: dass das Land durch den einstigen Bürgerkrieg ein für allemal gegen Gewalt immunisiert worden sei.<sup>83</sup> Bei der Abwehr von Extremismus ergreift das angeschlagene Regime Maßnahmen zur Einschränkung von Religionsfreiheit, die seine schwindende Legitimationsbasis zusätzlich untergraben.<sup>84</sup>

Trotz seiner inneren Schwäche stellt sich Tadschikistan selbst als ein Faktor dar, der im regionalen Kontext einer Stabilisierung Afghanistans Bedeutung hat. Zum einen tritt es mit Iran und Afghanistan in einer »persischen Allianz« auf. Im August 2010 fand zum vierten Mal ein Treffen der drei sprachverwandten Staaten statt, diesmal in Teheran. Die dabei verhandelten Projekte, darunter tadschikisch-afghanische Stromverbindungen, wurden als Entwicklungschance für Afghanistan herausgestellt.<sup>85</sup> Bisher hat diese »persische Allianz« allerdings noch nicht viel zuwege gebracht. So ist ein 2006 beschlossenes Projekt zur Einrichtung eines gemeinsamen Fernsehkanals, Novruz-TV, bis heute nicht umgesetzt worden. Gleichzeitig engagiert sich Tadschikistan gemeinsam mit Russland, Afghanistan und Pakistan in dem schon erwähnten (S. 13) Vier-Parteien-Format. Bei einem Treffen in Sotschi hoben die vier Präsidenten im August 2011 die Bedeutung regionaler Kooperation für den Stabilisierungsprozess in Afghanistan hervor und verwiesen auf gemeinsame Projekte in den Bereichen Energie und Infrastruktur. Das Zusammengehen mit Russland in diesem Format schließt für Tadschikistan eine Kooperation mit der Nato im Rahmen des

<sup>82</sup> Der schwerste Zwischenfall seit dem Ende des Bürgerkriegs 1997 ereignete sich im September 2010: Bei einem Überfall auf Sicherheitskräfte in dem rund 190 km von Duschanbe entfernten Rascht-Tal kamen 23 Soldaten ums Leben. Kurz zuvor hatte ein Ausbruch von 25 Häftlingen aus einem Spezialgefängnis in Duschanbe Sicherheitsdefizite in dem Land offenbart.

<sup>83</sup> ICG, *Tajikistan: The Changing Insurgent Threats* [wie Fn. 79].

<sup>84</sup> »Tajik Authorities Impose Heavy Restrictions on Islamic Education«, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, 13 (6.7.2011) 13.

<sup>85</sup> Roman Muzalevsky, »The »Persian Alliance« and Geopolitical Reconfiguration in Central Asia«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 7 (9.9.2010) 161.

Programms »Partnerschaft für den Frieden« nicht aus. In einem Gespräch mit Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen forderte Präsident Emomali Rahmon die westliche Allianz auf, Entwicklungsprojekte in den Nachbarländern Afghanistans tatkräftig zu fördern und damit den Wiederaufbau in dem vom Krieg zerstörten Land zu flankieren.<sup>86</sup>

Im Kontext regionaler Wirtschaftsbeziehungen spielt Tadschikistan die einzige Trumpfkarte aus, die ihm als ärmstem Land im GUS-Raum zur Verfügung steht: sein hydroelektrisches Potential. Unter den Nutzern von Wasserkraft nimmt es dank seiner Lage am Oberlauf des Amudarja den achten Platz weltweit und im postsowjetischen Raum nach Russland den zweiten Rang ein. Gleichzeitig belastet aber die Nutzung dieser Ressource die Beziehungen zu dem mächtigeren Nachbarland Usbekistan.<sup>87</sup>

## Usbekistan: Schlüsselland im Northern Distribution Network

Usbekistan hat in Zentralasien die kürzeste gemeinsame Grenze mit Afghanistan, die aber die größte logistische Bedeutung hat. Das Land baut Eisenbahnverbindungen zu Afghanistan aus und stellt mit Termez den Hauptumschlagplatz im Northern Distribution Network. Ein Großteil des über NDN geführten Nachschubs für die internationalen Einsatzkräfte am Hindukusch nimmt den Weg über sein Staatsterritorium. Usbekistan, das an alle übrigen zentralasiatischen Staaten und an Afghanistan grenzt, bildet das Zentrum der Region. Der bevölkerungsreichste zentralasiatische Staat hat mit nahezu 29 Millionen Menschen ungefähr ebenso viele Einwohner wie Afghanistan. Seine politische und wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität sind für die gesamte Region von Bedeutung. Die Sicherheitslage in seiner Nachbarschaft hat sich im Zuge verschiedener Entwicklungen verschlechtert: durch die politische Krise in Kirgistan, das Wiederaufleben von Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern in Tadschikistan und die Konflikte in Nordafghanistan 2010. In diesem instabilen Umfeld präsentiert sich das Land unter der rigiden Herrschaft seines Präsidenten Islam

<sup>86</sup> *Asia Plus* (News Agency Website), Duschanbe, 23.9.2010.

<sup>87</sup> Vgl. dazu Andrea Schmitz »Amudarja und Syrdarja: Konfrontation statt Kooperation«, in: Stormy-Annika Mildner (Hg.), *Konfliktrisiko Rohstoffe? Herausforderungen und Chancen im Umgang mit knappen Ressourcen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2011 (SWP-Studie 5/2011), S. 34–43.

Karimow als ein Modell »autoritärer Stabilitätswahrung«.

Afghanistan ist ein Kernanliegen der Ost-West-Diplomatie Taschkents. Das wurde auf zwei Staatsbesuchen Islam Karimows zu Beginn des Jahres 2011 deutlich. In Brüssel im Januar stand das Thema ebenso im Mittelpunkt sämtlicher Gespräche, die der usbekische Staatsgast mit hohen Repräsentanten von EU und Nato führte, wie bei seinem Besuch in Japan einen Monat später. In Tokio sicherte sich Präsident Karimow finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Eisenbahnverbindungen nach Afghanistan.<sup>88</sup> Über den Besuch in Brüssel berichteten die staatlich kontrollierten usbekischen Medien euphorisch, ohne ein Wort über die Kritik zu verlieren, die dieser Staatsbesuch angesichts der Menschenrechtssituation in Usbekistan in zahlreichen westlichen Kommentaren provozierte. In Taschkent wurde hervorgehoben, dass die Kommission Usbekistan ihre Dankbarkeit bezeugt habe »für die Umsetzung spezifischer Projekte zur Wiederherstellung der Wirtschaft und Infrastruktur in Afghanistan«.<sup>89</sup>

Dabei lässt die usbekische Afghanistan-Politik eine eindeutige Ausrichtung vermissen. Ein usbekischer Politologe bezeichnet sie mit dem Ausdruck »strategic uncertainty«, den er allgemein auf die geopolitische Situation in Zentralasien, auf das dortige Spiel externer Akteure und nationaler Regierungen bezog.<sup>90</sup> Zum einen verfolgt Taschkent in diesem Raum ein Konzept der Regionalisierung. Usbekistan wirbt seit 2008 für die Idee einer Afghanistan-Kontaktgruppe, bestehend aus sechs Nachbarstaaten des Landes plus USA, Russland und der Nato. Diesem 6+3-Format stehen die angesprochenen Partner aber zurückhaltend gegenüber. Die Nato verhandelt mit den afghanischen Nachbarstaaten separat und nicht auf regionaler Basis. Auch USA und Russland geben bilateralen Beziehungen den Vorzug. Zudem bezieht das Format Afghanistan nicht ein. Abgesehen davon konterkariert Usbekistan mit seiner eigenen Zurückhaltung gegenüber Regionalorganisationen diesen Ansatz. So verkündete der usbekische Außenminister Vladimir Norow auf dem OSZE-Gipfel in Astana im Dezember 2010: »Usbekistan wird seine Beziehungen mit Afghanistan nur auf bilateraler

Basis gestalten und sich nicht an irgendwelchen Programmen und Projekten auf kollektiver oder Block-Basis beteiligen«.<sup>91</sup>

Nicht zuletzt mit Blick auf Afghanistan sind die USA ebenso wie die EU bemüht, die seit 2005 eingetrübten Beziehungen zu Usbekistan zu verbessern. Trotz der nach wie vor kritischen Berichte über die menschenrechtssituation in dem Land, die auch aus dem State Department kommen,<sup>92</sup> verweist Washington auf angebliche Verbesserungen und »demokratische« Fortschritte. Als Beispiel führt es eine Rede vom 12. November 2010 an, in der Präsident Karimow eine Neuordnung der Gewaltenteilung angekündigt hat, die dem Parlament größere Befugnisse zuweist. Doch solchen Ankündigungen folgten in der Vergangenheit nur selten Taten.<sup>93</sup>

Die strategische Bedeutung Usbekistans für Stabilität in Zentralasien und die Nachschublogistik für Afghanistan kollidiert mit dem Image des Landes als besonderes Sorgenkind für die internationale Menschenrechtsbeobachtung im GUS-Raum. Dieses Spannungsverhältnis wirft Fragen gerade auch an die deutsche Zentralasien- und Afghanistan-Politik auf. Deutschland war maßgeblich an der Aufhebung der Sanktionen beteiligt, die die EU im Oktober 2005 gegen Usbekistan verhängt hatte. Mit den Sanktionen reagierte die Union auf die blutige Niederwerfung des »Aufstands von Andischan« durch usbekische Sicherheitskräfte. Die USA, die EU und Deutschland haben in den letzten drei Jahren ihre Kritik an Usbekistan gemildert, um Raum für sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit diesem Kernland Zentralasiens zu öffnen. Kritiker beanstanden, dass der Westen hier mit Usbekistan einen Handel mit Blick auf die Kooperation über Afghanistan betreibt, der gar nicht nötig wäre, da Taschkent an der Stabilität im Nachbarland genügend Eigeninteresse haben müsse.<sup>94</sup>

Usbekistan bekundet nicht nur sicherheitspolitisches Interesse an einer Stabilisierung Afghanistans,

<sup>88</sup> »East-West Diplomacy of the Uzbek President«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 8 (17.2. 2011) 34.

<sup>89</sup> Erica Marat, »Karimov's Brussels Visit Full of Controversy«, in: *Eurasia Daily Monitor*, 8 (28.1.2011) 20.

<sup>90</sup> Farkhod Tolipov, »Strategic Uncertainty in Usbekistan's Afghanistan Policy«, in: *Central Asia-Caucasus Institute Analyst*, 22.6.2011, <[www.cacianalyst.org/?q=node/5583/print](http://www.cacianalyst.org/?q=node/5583/print)>.

<sup>91</sup> Zitiert ebd.

<sup>92</sup> Joshua Kucera, »Central Asia: State Department Report Takes Tashkent to Task«, *Eurasianet Civil Society*, 12.3.2010.

<sup>93</sup> Trotz seines deutlichen Vorbehalts gegen »radikale Transformation« und der Betonung des eigenen Entwicklungswegs identifizierte Präsident Karimow wiederholt Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit als Ziele nachsowjetischer Entwicklung. 1999 verkündete er den »Übergang vom starken Staat zur starken Zivilgesellschaft«. Die politische Wirklichkeit blieb von solcherlei postulierten Zielvorstellungen weit entfernt.

<sup>94</sup> »Kisses for Karimov«, *Human Rights Watch*, 16.11.2011, <[www.hrw.org/print/news/2011/11/16/kisses-karimov](http://www.hrw.org/print/news/2011/11/16/kisses-karimov)>.

sondern zunehmend auch wirtschaftliches. Mittlerweile ist es zu einem der wichtigsten Handelspartner des Nachbarlandes geworden. Derzeit gehen von diesem Binnenland, das ausschließlich an andere Binnenländer grenzt, zwölf Exportrouten aus: Der südliche Korridor über Turkmenistan, Iran und die Türkei ist der kürzeste, in Hinsicht auf Transport- und Zollregularien aber auch der beschwerlichste. Wäre Afghanistan stabilisiert, stünde Usbekistan der kürzeste Weg zu den Seehäfen Irans und Pakistans offen. Taschkent und Kabul bekunden jedenfalls gemeinsames Interesse an einer Diversifizierung der Transportkorridore.<sup>95</sup>

### **Kirgistan, Turkmenistan, Kasachstan: Unterschiedliche Gewichtung Afghanistans**

**Kirgistan.** Auch wenn *Kirgistan* nicht unmittelbar an Afghanistan grenzt, beeinflusst die Nähe zu dieser Konfliktzone das Sicherheitsgefühl in dem Land. Seit 2005 hat Kirgistan, der einzige von Freedom House als zumindest »partly free« bewertete zentralasiatische Staat, mit zwei irregulären Machtwechseln die massivsten innenpolitischen Turbulenzen in Zentralasien erlebt. Dem letzten Machtwechsel vom April 2010 folgten im Juni Pogrome in den Südprovinzen Osch und Jalalabad. Bei diesen schlimmsten Gewaltereignissen seit 1990 kamen nach offiziellen Angaben 470 Menschen ums Leben, überwiegend Angehörige der usbekischen Minderheit, an die 400 000 Menschen wurden vorübergehend zu Flüchtlingen.

Anfang Mai 2011 kündigte die Interimspräsidentin Rosa Otunbajewa verstärkte Anti-Terror-Maßnahmen an. Nach ihren Aussagen versuchten terroristische Kräfte, ethnische und soziale Konflikte in Zentralasien zu provozieren, um die Region zu destabilisieren. Diese Kräfte hätten sich auch in dem Konflikt in Osch 2010 betätigt. Im selben Zusammenhang erwähnte die Präsidentin auch die Situation in Afghanistan und Pakistan.<sup>96</sup> Der Leiter des kirgisischen Sicherheitsdienstes hatte zuvor auf die Gefahr hingewiesen, dass Extremisten aus Afghanistan einen Ansturm auf die ungeschützten Südprovinzen des Landes unternehmen könnten.

Zweifellos ist Kirgistan von den Zuständen in Afghanistan betroffen, vor allem in Gestalt des Drogenhandels. Zwei Regionen, Batken und Alai im Grenzgebiet zu Tadschikistan, sind zu Hauptabschnitten der zentralasiatischen Drogenrouten geworden. Bei aller Berechtigung beruhen die Äußerungen der Übergangspräsidentin und ihres Sicherheitschefs aber auch auf dem erwähnten Externalisierungsreflex. 2011 erschien der Bericht einer von der OSZE eingesetzten internationalen Kommission, die die Ereignisse in Osch und Jalalabad im Juni 2010 untersuchen sollte. Ihr Bericht widersprach dem Mythos einer Steuerung ethnischer Gewalt durch externe islamistisch-terroristische Kräfte und wies die Hauptverantwortung für die Exzesse innenpolitischen Faktoren und Akteuren, einem aufschäumenden kirgisischen Nationalismus, der Komplizenschaft zwischen Sicherheitsorganen und Gewaltakteuren und dem Verlust der staatlichen Kontrolle über die Südprovinzen zu.<sup>97</sup>

In der Logistik des Nachschubs für Afghanistan nimmt das Land mit der US-Flugbasis Manas in der Hauptstadt Bischkek eine Schlüsselstellung ein. 2009 wurde die Basis in U.S. Transit Shipment Center umbenannt. Über diese Basis gelangen monatlich im Durchschnitt 15 000 Soldaten und 500 t Fracht nach Afghanistan. Die Pachtsumme stieg von 8 Millionen US-Dollar 2002 auf 60 Millionen US-Dollar 2009.<sup>98</sup> Unter Präsident Bakijew, der im April 2010 gestürzt wurde, drohte eine von Russland geforderte Schließung des Stützpunktes. Bis heute ist diese Maßnahme auch in der Öffentlichkeit des Landes umstritten. Dabei geht es zum Beispiel um die Versorgung des Transit Shipment Center mit Brennstoff durch zwei amerikanische Kontraktfirmen, gegen die wegen Bestechung kirgisischer Politiker ermittelt wurde. Die eingeleitete Untersuchung verlief allerdings ergebnislos. Die neue Regierung hat den Pachtvertrag vorerst verlängert, der neugewählte Präsident Atambajew kündigte allerdings im November 2011 in seiner ersten außen- und sicherheitspolitischen Verlautbarung deren Schließung im Jahr 2014 an.

Die Übergangspräsidentin Rosa Otunbajewa forderte gemeinsame GUS-Grenzschutzanstrengungen zur Bekämpfung des Drogenhandels.<sup>99</sup> Doch der

<sup>95</sup> *Afghan Transit: How Uzbekistan Can Win Peace and Spur Economic Growth* [wie Fn. 38].

<sup>96</sup> »Kyrgyz Leader Says Terrorists Trying to Provoke Conflicts in Central Asia«, *BBC Monitoring Global Newslines – Central Asia Political File*, 5.5.2011.

<sup>97</sup> *Report of the Independent International Commission of Inquiry into the Events in Southern Kyrgyzstan in June 2010*, <[http://www.kic.org/images/stories/kic\\_report\\_english\\_final.pdf](http://www.kic.org/images/stories/kic_report_english_final.pdf)>.

<sup>98</sup> Nuria Kutnaeva, »Foreign Military Bases in Post-Soviet Central Asia«, in: *Central Asia and the Caucasus*, 11 (2010) 2, S. 70–80 (75).

<sup>99</sup> *KyrTAG* (Kyrgyz Telegraph Agency), 18.3.2011.

sicherheitspolitische Zustand ihres Landes wirkte auf GUS-Partner eher abschreckend. Das Experiment einer demokratisch-parlamentarischen Republik, das Kirgistan nach dem Sturz des Bakijew-Regimes gestartet hat, wird in den Nachbarländern und in Russland skeptisch beurteilt. Das Nachbarland befindet sich nicht in einem Prozess der Demokratisierung, sondern der »Afghanisierung«, höhnte der Direktor eines Think Tanks in Kasachstan und beklagte die Abwesenheit jeglicher Machtvertikale.<sup>100</sup> Unter der Bakijew-Administration traf die kirgisische Sicherheitspolitik Maßnahmen, die angesichts der immer wieder beschworenen Gefahren aus Afghanistan absurd erschienen. Sie schaffte die für Drogenkontrolle zuständigen Behörden und Abteilungen im Innenministerium ab, was die Frage aufwarf, inwieweit Drogenbarone Einfluss auf die kirgisische Politik nahmen. Im August 2010 richtete die neue Regierung die zuständigen Ämter dann wieder ein.

**Turkmenistan.** Ob Staaten mit strafferer Zentralgewalt bei der Drogenkontrolle und dem Grenzschutz besser abschneiden, ist fraglich. Turkmenistan, das Land mit der zweitlängsten Grenze zu Afghanistan in Zentralasien, verkörperte lange Zeit das Modell autoritärer Herrschaft wie kein anderer nachsowjetischer Staat – vor allem unter seinem 2006 verstorbenen Präsidenten Nijasow (Turkmenbaschi). Aber gerade dieses Land gilt hinsichtlich Grenzschutz und Drogenkontrolle als »schwarzes Loch«, seit es sich dem Verdacht aussetzte, dass die staatlichen Organe in den Drogentransit verwickelt waren. Laut offiziellen Erklärungen hat Turkmenistan keinerlei Probleme mit Drogen – eine Beteuerung, die von auswärtigen Experten angezweifelt wurde. Unter seinem neuen Präsidenten Berdimuhammedow öffnet sich das »Nordkorea« Zentralasiens zwar etwas gegenüber der Außenwelt, gilt aber immer noch als kaum zugänglich und einsehbar. Im Kontext Afghanistans ist das Hauptthema seit 2010 TAPI, die bereits erwähnte Pipeline nach Pakistan und Indien. Dahinter tritt Afghanistan als sicherheitspolitisches Thema zurück. Dabei hatte es in der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes eine bedeutende Rolle gespielt. Turkmenistan war nach 1996 der einzige Staat in der Region, der Beziehungen zu dem Talibanregime unterhielt, und dies sogar auf Kosten der turkmenischen Minderheit

<sup>100</sup> »Kyrgyzstan Faces No Democratization But »Afghanization, Somaliaization« – Pundit«, *BBC Monitoring Global Newline – Central Asia Political File*, 19.3.2011.

in Afghanistan.<sup>101</sup> Mit der Wende vom 11. September 2001, die durch die Terroranschläge auf New York und Washington markiert wurde, änderte sich seine Afghanistan-Politik. Trotz seiner »permanenten Neutralität« kooperierte Turkmenistan mit Nato und USA und räumte ihnen das Recht ein, sein Staatsterritorium für den Militäreinsatz in Afghanistan zu überfliegen.

**Kasachstan.** Auch in *Kasachstan* trat Afghanistan in der politischen Öffentlichkeit bis vor kurzem als sicherheitspolitisches Thema nicht sonderlich hervor. Das Gleiche galt etwa für Themen wie Islamismus und Terrorismus. Dagegen fordert der von Afghanistan ausgehende Drogenhandel auch Kasachstan heraus. Ein Großteil der für Russland bestimmten afghanischen Drogen passiert die kasachisch-russische Grenze – die mit 7000 km längste Landgrenze der Welt, die zudem viele Schlupflöcher aufweist. Zum Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzung wurde Afghanistan erst seit Ende 2010. Ein Abkommen mit der Nato sah die Beteiligung eines kasachischen Kontingents an ISAF für ein halbes Jahr vor. Die Ratifizierung des Abkommens wurde am 18. Mai 2011 vom Unterhaus des Parlaments begrüßt, vom Oberhaus aber kurz darauf zurückgewiesen.<sup>102</sup> Zuvor hatten die Streitigkeiten um eine minimale militärische Beteiligung am ausklingenden Afghanistan-Einsatz die Öffentlichkeit des Landes erregt und gesellschaftliche Vereine auf den Plan gerufen, darunter die Soldatenmütter und die afghanischen Kriegsveteranen. Ein Koordinationsrat der gesellschaftlichen Organisationen wetterte gegen das Vorhaben, »auch nur einen kasachischen Soldaten nach Afghanistan zu entsenden. Das würde unsere junge Republik in einen langen regionalen Militärkonflikt verwickeln und die Sicherheit unserer Bürger bedrohen. Es würde die islamische Gemeinde Kasachstans spalten und den interethnischen und interreligiösen Zusammenhalt des Landes sprengen.«<sup>103</sup> Während diese Auseinandersetzung noch anhielt, verübten Selbstmordkommandos Sprengstoffanschläge auf die Hauptquartiere des kasachischen Sicherheitsdienstes in der Hauptstadt Astana und in Aktobe im Nordwesten des Landes. Einige Kommentare deuteten dies als Antwort radikaler Islamisten

<sup>101</sup> Muhammad Tahir, »Peace Talks with the Taliban in Turkmenistan?«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 27.5.2011, <[www.rferl.org/content/peace\\_talks\\_turkmenistan/24207460.html](http://www.rferl.org/content/peace_talks_turkmenistan/24207460.html)>.

<sup>102</sup> »Kazakh Upper House Rejects Bill on Joining Nato Mission in Afghanistan«, *BBC Monitoring Global Newline – Central Asia Political File*, 10.6.2011.

<sup>103</sup> »Afghan War Veterans Oppose Kazakh Participation in ISAF«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 25.5.2011.

auf die Zusammenarbeit Kasachstans mit Nato und USA in Afghanistan. Die Regierung stellte diesen Zusammenhang in Abrede, begrenzte gleichzeitig aber ihren Beitrag zur militärischen Zusammenarbeit auf die Entsendung von vier Offizieren nach Kabul – und zwar nicht für Kampfeinsätze.

Auf internationaler Bühne sprach Kasachstan die Probleme um Afghanistan vor allem auf dem OSZE-Gipfel Anfang Dezember 2010 an, der unter kasachischer Präsidentschaft in Astana abgehalten wurde. Die Sicherheitslage in Afghanistan wurde neben der Krise in Kirgistan zu einem wichtigen regionalen Thema. Angesichts der Tatsache, dass sich 43 Staaten der OSZE am Einsatz in Afghanistan beteiligen, rief Präsident Nasarbajew dazu auf, eine umfassende Strategie zur Stabilisierung der dortigen Situation zu entwerfen.<sup>104</sup>

**104** Zitiert in: »Kazakh Leader Calls for ›Comprehensive Strategy for Afghanistan«, *BBC Monitoring Global Newline – Central Asia Political File*, 2.12.2010.

## Ausblick

Afghanistan ist von einer Befriedung noch weit entfernt. Mit der Perspektive des Abzugs internationaler Truppen gewinnt es daher in der Außen- und Sicherheitspolitik Russlands und der zentralasiatischen Staaten an Gewicht. Die Sicherheitslage am Hindukusch ist seit 2008 zu einem vorrangigen Thema auf der Agenda sicherheitspolitischer Kooperation zwischen Moskau und westlichen Partnern geworden. Bei einem Treffen des russischen Außenministers mit seinem britischen Amtskollegen am 15. Februar 2011 wurden die Ziele und Eckpunkte dieser Kooperation zusammengefasst: Afghanistan solle ein stabiles und ökonomisch lebensfähiges Staatsgebilde werden, das mit seinen Nachbarn friedliche Beziehungen unterhält. Beide Seiten unterstützen den »Kabuler Prozess«, im Zuge dessen bis Ende 2014 die Verantwortung für die Sicherheit Afghanistans an die Regierung und die Sicherheitskräfte des Landes übertragen werden soll. Bei der Bekämpfung der afghanischen Drogenökonomie entlang der gesamten Produktions- und Distributionskette ist Zusammenarbeit zwingend gefordert. Die Außenminister begrüßten eine intensiviertere afghanistanpolitische Kooperation internationaler Organisationen. Vor allem wolle man im Nato-Russland-Rat in Fragen zusammenarbeiten, die Afghanistan betreffen.<sup>105</sup>

Bei einigen der hier genannten Vorhaben steht die Übereinstimmung freilich noch in Frage. Über die wirksamsten Methoden der Drogenbekämpfung divergieren die Ansichten. Eine afghanistanpolitische Kooperation westlicher mit eurasischen Regionalorganisationen findet bislang kaum statt. Obwohl die Nato in der russischen Sicherheitsdoktrin auch weiterhin als Feindbild firmiert, kooperiert Russland mit der westlichen Allianz und mit ISAF bei der Logistik für den Nachschub ausländischer Truppen in Afghanistan und steht mit ihnen im Dialog über Vorkehrungen und Maßnahmen, die zur Stabilisierung des Landes in der Abzugsphase geeignet sind. Das herausragende Produkt dieser Kooperation ist das Northern Distribution Network, das über den GUS-Raum führende

Routen für den Nachschub der ISAF-Einsatzkräfte in Afghanistan umfasst. Dieses Projekt gewinnt mit dem beginnenden Truppenabzug aus Afghanistan und einer 2011 sichtbar gewordenen Verschlechterung der amerikanisch-pakistanischen Zusammenarbeit an Bedeutung.

Gleichwohl steht das Thema Afghanistan im Spannungsfeld zwischen sicherheitspolitischer Kooperation und geopolitischer Konkurrenz, die für das russisch-amerikanische Verhältnis kennzeichnend sind. Aus amerikanischen und russischen Think Tanks ertönte in nachsovietischer Zeit geopolitisches Getöse über den Kampf um die rohstoffreiche Region Zentralasien, was die Einbindung Afghanistans in einen größeren regionalen Zusammenhang behinderte.

Noch bedarf es eines erheblichen Optimismus, sich ein befriedetes Afghanistan als Brückenland zwischen Eurasien und Südasien vorzustellen. Einige Brückenschläge wurden aber bereits vollzogen. Eine Verschränkung zwischen Afghanistan und Zentralasien, die mit Blick auf grenzüberschreitende Risiken als sicherheitspolitisches Thema diskutiert wird, deutet sich auch in Hinsicht auf Handelswege und die Vernetzung der Energieversorgung an.

Im Kontext eines Truppenabzugs aus Afghanistan gilt es, die Sicherheitslage in Zentralasien richtig einzuschätzen. Urteile über diese Lage schwankten zwischen Hinweisen auf eine erfolgreiche »autoritäre Stabilisierung« und Warnungen vor einer Destabilisierung durch islamistische Gewalt und andere Faktoren. 2010 zeichneten sich vor allem in Kirgistan und Tadschikistan Sicherheitsrisiken ab. 2011 hat sich die Sicherheitslage in beiden Ländern zwar verbessert, aber noch längst nicht stabilisiert. Ungeregelte Wasserkonflikte, schlechte nachbarschaftliche Beziehungen, systemische Korruption, poröse Grenzen, die kein Hindernis für Drogenströme darstellen, ungeklärte Nachfolgeregelungen in postsowjetischen Präsidialautokratien und diverse sozialökonomische Missstände erschweren eine nachhaltige Stabilisierung in Zentralasien. Hinzu kommen Warnungen vor verstärkten Aktivitäten islamistischer Netzwerke. Doch nicht nur aus sicherheitspolitischem Interesse sollte ein auswärtiger Akteur wie die EU auf Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Afghanistan und dem GUS-

<sup>105</sup> »Moscow Publishes Russian-British Press Statement on Afghanistan«, *BBC Monitoring Global Newsline – Former Soviet Union Political File*, 15.2.2011.

Raum achten. Schwerpunkte in der EU-Zentralasienstrategie wie die Etablierung eines regionalen Wassermanagements verbinden sich mit Perspektiven transregionaler Energie- und Handelsbeziehungen über die vom Amudarja markierte Grenze hinweg, wie sie sich für ein Nachkriegs-Afghanistan abzeichnen.<sup>106</sup> In EU-Projekte für Zentralasien, etwa in die Wasserinitiative, wird man Afghanistan wohl zunehmend einbeziehen müssen.

## Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
CASA-1000	Central Asia – South Asia Electricity Trade and Transmission Project
CSIS	Center for Strategic and International Studies (Washington, D.C.)
CSTO	Collective Security Treaty Organization
ECFR	European Council on Foreign Relations
EU	Europäische Union
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IBU	Islamische Bewegung Usbekistans
ICG	International Crisis Group
ISAF	International Security Assistance Force
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
NDN	Northern Distribution Network
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (engl. CSTO)
SOZ	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit
TAPI	Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–India (natural-gas pipeline)
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization

<sup>106</sup> Laruelle, *Involving Central Asia in Afghanistan's Future* [wie Fn. 66].